Es lebe der Sieg des vietnamesischen Volkes!

1H 20 150C
Beilage

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 19 vom 10. Mai 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Grussadresse des ZK der KPD/ML

Nguyen Huu Tho, Vorsitzender des Präsidiums des ZK der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams und Vorsitzender des Konsultativrates der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam; Huynh Tan Phat, Vorsitzender der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam.

Ton Duc Thang, Präsident der DRV; Le Duan, Sekretär des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams, Troung Chinh, Vorsitzender des ständigen Komitees der Nationalversammlung der DRV; Pham von Dong, Ministerpräsident der Regierung der DRV.

Voller Freude begrüßen wir den großartigen Sieg des heroischen vietnamesischen Volkes! Das ZK unserer Partei drückt Ihnen und durch Sie der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams, der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam, den heldenhaften Kämpfern der Befreiungsarmee und der Partei der Werktätigen Vietnams, der Nationalversammlung und der Regierung der DRV und dem ganzen vietnamesischen Volk im Namen unserer ganzen Partei, der Roten Garde und im Namen des deutschen Volkes seine herzlichsten Glückwünsche aus.

Unerschütterlich und heldenhaft hat das vietnamesische Volk der barbarischen Aggression der amerikanischen Imperialisten getrotzt, ihnen und ihren Lakaien im revolutionären Volkskrieg Schlag auf Schlag versetzt und nun den Sieg errungen. Das ist eine glänzende Bestätigung dafür, daß ein Land und ein Volk, das für eine gerechte Sache kämpft und entschlossen ist, diese bis zum Schluß zu verteidigen, ein Volk, das zu den Waffen greift, um seine Freiheit und Unabhängigkeit zu erkämpfen und auf seine eigenen Kräfte vertraut, unüberwindbar ist. Für alle Völker der Welt ist der Sieg des vietnamesischen Volkes eine großartige Ermutigung in ihrem Kampf gegen den alten und neuen Imperialismus.

Wir wünschen Ihnen von ganzem Herzen neue Erfolge beim Aufbau eines unabhängigen, neutralen, friedliebenden und demokratischen Südvietnam, neue Erfolge beim Aufbau des sozialistischen Norden und der Wiedervereinigung Ihres Vaterlandes.

Zentralkomitee der KPD/ML i. A. Ernst Aust

Die Völker der Welt feiern die Befreiung Vietnams

Die Völker aller Länder feiern den großen Sieg des vietnamesischen Volkes. Die marxistisch-leninistischen Parteien, alle aufrichtigen Revolutionäre und fortschrittlichen Menschen haben die Befreiung Vietnams wie ihren eigenen Sieg begrüßt.

Im Namen des chinesischen Volkes, der Kommunistischen Partei Chinas, des Staatsrates und der Regierung der Volksrepublik China haben Genosse Mao Tsetung und die Genossen Tschou Teh und Tschou En-lai den Führern der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams, der Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam und den Staatsführern der Demokratischen Republik Vietnam ein Glückwunschtelegramm gesandt, in dem es unter anderem heißt:

„Die Befreiung Saigons ist ein großer Sieg für das Volk Vietnams und die anderen Völker Indochinas. Sie ist auch ein hohes, begeisterndes Beispiel für alle unterdrückten Völker und Nationen, ein glänzendes Vorbild für die revolutionäre antiimperialistische Sache der Völker aller Welt. Das chinesische Volk wünscht dem Volk Südvietnams weitere, noch größere Siege in seinem Kampf um die nationale und demokratische Revolution voranzutreiben."



Genosse Ho Tschi Minh

In Peking und in anderen Städten der VR China wurden sofort nach Bekanntwerden der Nachricht von der Befreiung Saigons Transparente aufgehängt, auf denen das vietnamesische Volk zu seinem Sieg beglückwünscht und die tiefe brüderliche Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem vietnamesischen Volk bekräftigt wird. Viele dieser Transparente trugen die Inschrift: „Ein Sieg von weltweiter Bedeutung". Stürmischer Jubel empfing die Genossen der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams und der Demokratischen Republik Vietnam auf den Feiern zum 1. Mai.

Mit unbeschreiblichem Jubel hat die Bevölkerung von Hanoi die Nachricht vom Sieg ihrer Landsleute im Süden begrüßt. Am Tag der Befreiung Saigons war die ganze Stadt festlich geschmückt. Überall waren große Bilder des unvergessenen Führers des ganzen vietnamesischen Volkes, Genossen Ho Tschi Minh, aufgestellt. Tausende von Menschen waren auf die Straßen geströmt. Sie umarmten sich und feierten unter bunten Drachen, die überall aufgehängt waren, den Sieg über die amerikanischen imperialistischen Aggressoren. Am Abend des Tages der Befreiung Saigons versammelten sich vor dem Nationaltheater in Hanoi mehrere hunderttausend Menschen zu einer riesigen Kundgebung.

Die Bevölkerung von Saigon und die Kämpfer der Befreiungsstreitkräfte feierten am 1. Mai die vollständige Befreiung ihres Landes und der Stadt mit einer großen Demonstration. Mit Blumen umkränzt rollten die Geschütze und Lastwagen der ruhmreichen Befreiungsarmee durch die Straßen der Stadt, die mit der Fahne der Republik Südvietnam, der Fahne des Sieges und der Befreiung festlich beflaggt waren.



In ganz Albanien hielten die Arbeiter, Genossenschaftsbauern und Volksintellektuellen im ganzen Land Kundgebungen ab, in denen sie ihre Freude und ihren Enthusiasmus über den großen Sieg des tapferen vietnamesischen Volkes bekundeten. Solche Kundgebungen wurden in Tirana, in Korca, Gjirokastra und anderen Städten abgehalten. In ihrem Grußtelegramm schreiben die Genossen Enver Hoxha, Haxhi Lleshi und Mehmet Shehu zum Schluß: **„Wir übermitteln noch einmal dem vietnamesischen Volk die wärmsten Grüße und die reinsten Gefühle der Liebe und der Bewunderung des albanischen Volkes, die Überzeugung, daß die brüderliche Freundschaft und enge Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Völkern und Ländern sich in Zukunft noch mehr festigen wird zu ihrem gemeinsamen Wohl und im Kampf der Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus und Reaktion."**

Es lebe der Rote 1.Mai 1975!

Am Roten 1. Mai folgten Tausende dem Aufruf der Partei, den Regierungsmai des DGB und der D„K"P-Revisionisten zu boykottieren und sich einzureihen unter den Losungen der revolutionären Arbeiterbewegung: Gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung! Kampf der wachsenden Kriegsgefahr durch die zwei Supermächte! Vorwärts zur sozialistischen Revolution! Waren die Reihen am Roten 1. Mai gegenüber dem letzten Jahr erstarkt, so hat sich auch gezeigt, daß den verlogenen Aufrufen zum Regierungsmai weniger Kollegen als im letzten Jahr folgten, obgleich auch diesmal die Opportunisten der GRF, des „K"BW zu Blocks in den Reihen des Regierungsmai aufgerufen hatten.

Überall auf den Roten 1. Mai-Demonstrationen wurde begeistert der heroische Sieg des kambodschanischen und des vietnamesischen Volkes gefeiert, der Sieg im Volkskrieg. Auf den Demonstrationen und den anschließenden Veranstaltungen wurden rund 13 000 DM zum Wiederaufbau des befreiten Kambodscha und Vietnam gesammelt.

Ein bedeutender Sieg der Partei an diesem 1. Mai war die Aktionseinheit mit der Gruppe Rote Fahne, die gemeinsame Erklärung zum Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte. Dies war ein Sieg über die opportunistische GRF-Führung, die noch bis vor kurzem die besondere Gefahr des sowjetischen Sozialimperialismus leugnete, ein wichtiger Schritt für die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML.

ES LEBE DER ROTE 1. MAI!

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

Am 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus :

DDR - Vasallenstaat der Sozialimperialisten

Am 8. Mai feiern die Völker der Welt, die gemeinsam mit der Sowjetunion Lenins und Stalins unter heroischen Opfern gegen den Hitlerfaschismus gekämpft haben, den 30. Jahrestag des Sieges über den Faschismus. Die Zerschlagung der faschistischen Versklavung ergab für eine Reihe von Ländern die Möglichkeit, Freiheit und Unabhängigkeit zu erreichen und damit günstige Voraussetzungen im Kampf für den Sozialismus zu erlangen. Nachdem die US-Imperialisten mit der westdeutschen Bourgeoisie Deutschland gespalten hatten, gingen die Werktätigen in der DDR daran, im Kampf gegen die alte Ordnung den Sozialismus aufzubauen, während in Westdeutschland der deutsche Imperialismus mit Hilfe der US-Imperialisten wieder aus dem Dreck gezogen und aufgepäppelt wurde – gegen den Kampf des deutschen Volkes für ein vereintes, antifaschistisches und friedliches Deutschland. Wie wird heute, 30 Jahre später, der Sieg über den Faschismus im geteilten Deutschland gefeiert?

Der CDU-Chef Carstens erklärte offen: Weil der 8. Mai ein Tag war, an dem das Deutsche Reich einen großen Teil seiner Gebiete verloren habe, gäbe es für die CDU/CSU keinen Grund, 30 Jahre danach den Tag der Kapitulation zu feiern. **Es ist klar, für die westdeutschen Imperialisten ist der Sieg der Völker über den Faschismus kein Grund zum Feiern, denn dieser Tag ist für sie ein Tag der Kapitulation, ein Tag der Niederlage.** Wenn sie am 8. Mai etwas feiern, dann – wie mit dem SPD-Bürgermeister in Dortmund – unter den Klängen von Polizeikapellen das Wiedererstarken des westdeutschen Imperialismus, den „30. Jahrestag des Wiederaufbaus". Dieser „Wiederaufbau" ist allerdings schon wieder gefährlich weit gediehen. Im Innern haben die westdeutschen Imperialisten in den letzten Jahren die Faschisierung immer schärfer vorangetrieben, um den wachsenden Kampf der werktätigen Massen zu stoppen und vor allem um ihre revolutionäre Vorhut, die Marxisten-Leninisten und ihre Partei, die KPD/ML, zu zerschlagen. Auch nach außen hat der westdeutsche Imperialismus immer offener und breiter seinen Konkurrenzkampf um mehr Macht und Einfluß im Schatten der beiden Supermächte USA und Sowjetunion geführt. Viele Arbeiter erkennen immer klarer, daß die sogenannten „Maßnahmen zur inneren Sicherheit" der westdeutschen Imperialisten erneut auf eine faschistische Diktatur in Westdeutschland hinauslaufen, daß die Gefahr des Faschismus nur durch den Sturz des westdeutschen Imperialismus selbst gebannt werden kann. Und immer mehr Arbeiter sind bereit, in den Reihen der Revolution diesen Kampf zu führen. Doch was ist mit der DDR?

Dort finden am 8. Mai pompöse Feiern statt, wo die DDR-Führer sich gemeinsam mit ihren Moskauer Oberherren als „Fortsetzer des antifaschistischen Kampfes", als „Kämpfer für den Frieden" in Pose zu setzen suchen, wo die DDR als Land des Friedens dargestellt wird, das im Kampf gegen den Faschismus gegründet wurde.

Sicher, als die Sowjetunion noch sozialistisch war, als die bolschewistische Partei Lenins und Stalins noch bestand, als in der DDR von einem Teil des deutschen Volkes der Sozialismus aufgebaut wurde, da war die DDR das Land des Friedens, die Hoffnung aller Deutschen, die im Kampf gegen den Faschismus gestanden hatten und gegen die Wiederbelebung des deutschen Imperialismus, für die Einheit Deutschlands kämpften. Aber heute?

Diejenigen, die sich am 8. Mai so lauthals und unverschämt als „einzige Kraft gegen den Hitlerfaschismus" feiern, sie haben nach dem Tode Stalins in der Sowjetunion wie in den anderen Ländern des Warschauer Paktes eine Diktatur nach der Art Hitlers errichtet und bedrohen nicht anders als der Hitlerfaschismus die Völker der Welt mit Krieg und Unterjochung: die sowjetischen Sozialimperialisten. Und wenn die revisionistische Honnecker-Clique sich am 8. Mai hinstellt und für die sowjetischen Sozialimperialisten nach Beifall schreit, so zeigt das, welch sklavische Diener ihrer Herren in Moskau sie sind, wie willig sie im Dienste der Neuen Kremlzaren die faschistische Diktatur über die Werktätigen in der DDR ausüben.

Nicht anders als dem Hitlerfaschismus dient den sowjetischen Sozialimperialisten ihre faschistische Diktatur in anderen Ländern dazu, sie auszuplündern, die Völker bis aufs Blut auszusaugen. So läßt sich die Sowjetunion zu Unterweltmarktspreisen Industrieerzeugnisse – vor allem Maschinen – aus der DDR liefern. Die Rohstoffe dafür verkauft sie jedoch weit über dem Weltmarktpreis. Zu tragen haben dies die Werktätigen der DDR, die immer mehr für die Höchstprofite der sowjetischen Sozialimperialisten schuften müssen. Rationalisierung, Intensivierung der Arbeit, Steigerung der Akkordsätze, um die knechtenden Verträge zu erfüllen, das ist der Inhalt der „Direktiven" der DDR-Führer für die Werktätigen, die diese „Direktiven" wie Befehle strikt durchzuführen haben. **Jede legale Kampfmöglichkeit ist der Arbeiterklasse gegen diese Versklavung und immer schärfere Ausbeutung genommen. Dort aber, wo sich die Arbeiterklasse dennoch erhebt, da gehen die sowjetischen Sozialimperialisten und ihr Vasallenregime mit blutigem Terror und brutaler Gewalt gegen die werktätigen Massen vor, um ihren Widerstand zu brechen und niederzuhalten, wie sich das bei den Dezember-Streiks in Polen gezeigt hat.**

Wie der Hitlerfaschismus in großem Maßstab für die schwersten und übelsten Arbeiten Menschen aus den von ihm besetzten Gebieten und Ländern verschleppte, so tun das heute auch die sowjetischen Sozialimperialisten. Aus der DDR wie aus anderen RGW-Ländern ließen sie Jugendliche zu Hunderten in die Sowjetunion schicken, wo sie für die sowjetischen Sozialimperialisten unter schwersten Bedingungen eine Erdgaspipeline zu bauen haben. Und wie die Hitlerfaschisten, die über Ausschwitz die Losung schrieben: „Arbeit macht frei", so besitzen die sowjetischen Sozialimperialisten den gleichen Sinn für Zynismus: Ihr Erdgasprojekt nennen sie „Drushba" – Freundschaft!

Die Hitlerfaschisten begnügten sich nicht damit, andere Länder zu überfallen, um sie auszuplündern und zu versklaven, sondern unter der Losung der „Eindeutschung" suchten sie diese Länder ihrem Reich anzugliedern. Genau diesen Weg gehen die sowjetischen Sozialimperialisten in der DDR und anderen Ländern. All das, was an die Zugehörigkeit der DDR zur deutschen Nation erinnert, all das, was die Verwandlung der DDR in eine russische Kolonie behindert, suchen sie zu zerstören. So ließen sie kürzlich die revisionistische Honecker-Clique die Verfassung der DDR ändern und den Begriff „deutsche Nation" streichen. Stattdessen heißt es heute in der Verfassung, daß die DDR stets mit der Sowjetunion verbunden sein wird. Auch auf dem Gebiet der Kultur versuchen die sowjetischen Sozialimperialisten ihren Großmachtchauvinismus in der DDR zu verbreiten. Sieht man sich zum Beispiel die Verlagskataloge der DDR an, so kann man feststellen, daß die Anzahl russischer Schriftsteller unverhältnismäßig hoch angestiegen ist und weiter steigt. Bereits bei den Kinderbüchern fängt das an. Nicht anders auf allen Gebieten der Wissenschaft bestimmt Moskau, bestimmen die Kremlführer den Ton.

Die Neuen Zaren im Kreml haben aus der DDR, die einst nach dem Sturz des Hitlerfaschismus die Hoffnung aller antiimperialistisch und antifaschistisch gesinnten Deutschen war, eine faschistische Diktatur gemacht. Dies auch weiterhin zu gewährleisten, dafür haben die Kremlführer ihre Truppen in der DDR zu Zigtausenden stationiert, jederzeit bereit, wie in der Tschechoslowakei mit Mord und Terror gegen das Volk vorzugehen, wenn es sich erhebt. Sie haben aus der DDR ein Militärzuchthaus umgrenzt mit Stacheldraht und Mauer gemacht, aus dem es nach ihrem Willen kein Entrinnen geben soll. Sie haben die DDR ebenso wie die anderen Länder des Warschauer Paktes zu ihrem Aufmarschgebiet gemacht, in dem sie zwei Drittel ihrer Kriegsmaschinerie konzentriert haben, um ihren Angriff gegen den Westen vorzubereiten. Von den sowjetischen Truppen, die dort stehen, von ihren Flotten- und Raketenbasen geht heute – wie damals vom Hitlerfaschismus – die Hauptgefahr eines neuen Weltkrieges aus, werden die Völker Europas am meisten bedroht.

Wenn am 8. Mai die revisionistische Honnecker-Clique die sowjetischen Sozialimperialisten, die Breschnews und Kossigyns, als die Fortsetzer des antifaschistischen Befreiungskampfes hochjubelt, und wenn ihre Agenten in Westdeutschland, die D„K"P-Führer, und die ganze weltweite Revisionistenbande sie dabei mit viel Trara unterstützen, so muß man sie als verdammte Lügner und Betrüger entlarven: Nicht das geringste haben die sowjetischen Sozialimperialisten mit dem antifaschistischen Kampf gemeinsam, sondern sie sind heute das, was vor über 30 Jahren der Hitlerfaschismus war: die größte Gefahr und der gefährlichste Feind der Völker Europas. Nur um ihre faschistischen Verbrechen zu tarnen, nennen sie sich „sozialistisch", sie sind durch und durch Sozialfaschisten.

So wie sich die Völker gegen den Hitlerfaschismus in einer Einheitsfront zusammengeschlossen haben und den Hitlerfaschismus besiegten, so müssen sich auch heute die Völker gegen den sowjetischen Sozialimperialismus zusammenschließen. Dann werden sie auch über diesen Feind unbedingt den Sieg erringen. Das ist die Kampflosung, unter der die wahren Antifaschisten den 8. Mai in unserem Land begehen.

REIHT EUCH EIN IN DIE WELTWEITE FRONT GEGEN DIE BEIDEN SUPERMÄCHTE, DEN US-IMPERIALISMUS UND VOR ALLEM DEN SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS!

TOD DEM FASCHISMUS!

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Ernst Aust :

An unsere Genossen im Gefängnis

Liebe Genossen Peter und Hubert,

im Namen des Zentralkomitees unserer Partei und persönlich übersende ich Euch die heißesten, brüderlichen Kampfesgrüße. Ihr seid nicht die ersten Kämpfer der revolutionären, der kommunistischen Bewegung, die der Klassengegner, die Bourgeoisie, hinter Gefängnismauern schickte. Viele Tausende und Abertausende Kämpfer gingen Euch voran: Inhaftiert, gefoltert, zu Tode gequält. Aber Ihr seid die ersten Genossen unserer jungen, revolutionären, marxistisch-leninistischen Partei, die in Zusammenhang mit den Roten Antikriegstags-Prozessen ihre „Strafe" antreten müssen. Und es ist sicher, daß noch viele den Weg werden gehen müssen, den Ihr heute geht, bevor das rote Banner mit Hammer, Sichel und Gewehr, das Banner der revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse, der KPD/ML, über ganz Deutschland wehen wird.

Genossen Peter und Hubert, und das gilt auch für alle, deren „Strafe" noch aussteht, die Partei ist sicher, daß Ihr den Mut, die revolutionäre Entschlossenheit, die Ihr am Karlstor und in den folgenden Gerichtsprozessen zeigtet, Euch auch im Gefängnis begleiten wird. Wir wissen, daß die Haft Euch nicht brechen, sondern nur stärker, Euren Haß auf die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes nur tiefer werden läßt. Statt vieler Worte, ein kleines Gedicht, das meine Gedanken und Gefühle für Euch ausdrücken soll. Es ist zwar nicht besonders gelungen, aber immerhin . . .:

Gruß Euch Genossen!

Sie schäumten vor Wut, als die Ketten wir sprengten
am Karlstor, man sah ihre brüchige Macht,
die blutroten Fahnen zum Sturme wir senkten,
die Bannmeile stürmten, geballt, voller Kraft.

Sie hatten geträumt, uns die Straße zu nehmen,
das Wort und die Warnung vor kommendem Krieg,
die Ausbeuter, Henker bei Namen zu nennen,
zu wecken im Volke den Willen zum Sieg.

Die geifernde Rache traf Euch, die sie griffen,
Euch hat nicht das Zetern des Richters geschert
Ihr habt vor Gericht jeder Drohung gepfiffen,
die Lügen zerfetzt und sie fürchten gelehrt.

Ein Gruß Euch Genossen, Euch Peter und Hubert,
den Kämpfern am Karlstor von Eurer Partei,
in jeder Sekunde, Minute im Kerker
da denkt sie und steht sie im Kampfe Euch bei!

Ernst

Nun noch ein persönliches Wort zu Dir, Peter. Ich erinnere mich noch der Nacht, als wir vor Jahren von einer Versammlung kommend in Deinem Wagen über die Autobahn ins Ruhrgebiet fuhren. Du warst damals gerade beim Bund und erzähltest mir von Eurem antimilitaristischen Kampf. Die Genossen haben Dir den Spitznamen „Bolzen" gegeben und ich finde den Namen gar nicht schlecht. Du bist ein Bolzen, ein eiserner Bolzen am Schiff der proletarischen Revolution, ein stählerner Bolzen, wie ihn die Partei, die deutsche Arbeiterklasse, deren Teil und Kämpfer Du bist, noch Tausende braucht.

Mit herzlichen, revolutionären Grüßen,
Euer Genosse Ernst

Siehe auch Seite 7: Kampf der Klassenjustiz!

Deine scharfe Waffe ROTER MORGEN

Im Monat April gingen folgende Spenden auf das Konto des ROTEN MORGEN ein:

C. B., Hamburg, 1. 4., 5 DM – Verkauf des RM vor BASF, Mannheim, 1. 4. 10 DM – E. H., Mannheim, 1. 4., 100 DM – R. G., Heidenheim, 2. 4., 10 DM – H. J., Heidenheim, 2. 4., 10 DM – F. Sch., Kelkheim, 2. 4., 10 DM – RG Idaroberstein, 4. 4., 20 DM – W. K., Essen, 4. 4., 25 DM – RM-Leserkreis, Kiel-Gaarden, 14. 4., 50 DM – RM-Lesekreis, Kiel-Gaarden, 14. 4., 51,42 DM – RM-Lesekreis, Kiel-Gaarden, 14. 4., 67,28 DM – Silvesterfeier von Kieler Genossen, 14. 4., 28,80 DM – unbekannt, 14. 4., 2,52 DM – K. M., Bremen, 14. 4., 10 DM – Sympathisanten aus Gießen, 16. 4., 100 DM – Arbeitertreff Hamburg-Altona, 16. 4., 170 DM – Spende aus Anlaß des Geburtstages von Ernst, 17. 4., 100 DM – Gäste des „Alten Sängerheim", Hamburg, 17. 4., 200 DM – Ein Patient aus Holchheim, Bremen, 17. 4., 50 DM – unbekannt, 21. 4., 150 DM – RM-Lesekreis, Kiel-Gaarden vom 13. 2., 21. 4., 25,60 DM – LV-Westberlin, Bezirk Nord, 21. 4., 200 DM – LV-Westberlin, Bezirk Süd, 21. 4., 12 DM – LV-Westberlin, 21. 4., 143,10 DM – Spenden bei AP in Würzburg-Zellau, 24. 4., 50 DM – G. L., Bremen, 28. 4., 50 DM.

Insgesamt wurden damit im Monat April 1 650,70 DM auf das Spendenkonto des ROTEN MORGEN eingezahlt. Wir danken allen Spendern.

Kurz berichtet

KARLSRUHE

Mitte März 1975 gab der Vorstand des Athletik-Sportvereins Daxlanden eine politische Erklärung an die reaktionäre Karlsruher Ortspresse. In der Erklärung verbietet der ASV-Vorstand sämtliche Veranstaltungen der KPD/ML im Clubhaus.

In diesem Clubhaus hatte die KPD/ML seit September 74 ihren 14tägigen Arbeiterstammtisch abgehalten. Dieser Treff wurde in der Lokalpresse in der Spalte „Wohin gehen wir heute" angekündigt. Zu diesem Stammtisch waren häufig auch Mitglieder des Vereins gekommen.

Zum ersten Mal wollte der Vorstand den Saal sperren, als dort eine Veranstaltung mit dem Vorsitzenden der KPD/ML Ernst Aust, stattfinden sollte. Die Entschlossenheit des Wirts und der Kampf der Partei verhinderten das allerdings.

Schließlich erschien der Vorstand persönlich auf einem Stammtisch, um sein endgültiges Verbot, das er gemeinsam mit Stadträten und antikommunistischen Elementen im Verein betrieb, durchzusetzen. **Aus Protest gegen dieses Vorgehen des Vorstandes trat ein Mitglied aus dem ASV aus. Auf einer Spielerversammlung, die extra zu dem Verbot gegen die KPD/ML einberufen werden mußte, erhob sich lauter Protest.**

Zu erwähnen bleibt noch, daß gleich nach der Erklärung des ASV-Vorstandes in der örtlichen Presse auch der Abdruck von Anzeigen und Notizen der KPD/ML dort verboten wurde.

Wie sehr im übrigen die bürgerlichen Schreiberlinge durch die KPD/ML in Verwirrung geraten sind, zeigen folgende Notizen aus der Ortspresse:

Uhr, Sprechstunde Stadtrat und Kreisvorsitzender Frithjof Kessel; OV Hohenwettersbach: Gasthaus „Im Schloß" 20 Uhr, Jahreshauptversammlung. SPD/ML: Clubgaststätte des ASV Daxlanden, „Freiheit für die Kämpfer des Roten Antikriegstags" — KVZ-Leserkreis: Barbarossa, 19.30 Uhr, Südstadt; Grüner Hof, 18 Uhr, Leserkreis Durlach.

Das Bibeltelefon hat die Rufnummer [illegible]. Nicht die SPD, sondern die KPD veranstaltete gestern mit der ML einen Treff in der Clubgaststätte des ASV Daxlanden. Es hatte sich im Veranstaltungskalender [illegible] ein Setzfehler eingeschlichen.

FRANKFURT

Am 12. 4. 75 hatte die faschistische Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" zu einer Demonstration aufgerufen. Gegen diese Demonstration hatten die Genossen der Partei in Frankfurt unter der Bevölkerung mobilisiert. Sie verhinderten, daß die Faschisten ihre Flugblätter verteilen konnten. Dabei wurden drei Genossen von Zivilpolizei verhaftet. Die Demonstration, an der sich nur 23 Faschisten aus dem Landesverband beteiligten, wurde von einer starken Polizeieskorte geschützt. Über 120 Genossen und Antifaschisten verhinderten jedoch, daß die Faschisten ihre Abschlußkundgebung durchführen konnten.

BERICHTIGUNG

Im letzten ROTEN MORGEN druckten wir eine Grußadresse von „Humanite Rouge" zum 30. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus ab. Diese Grußadresse war nicht, wie irrtümlich in der Überschrift geschrieben, von der illegalen Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten unterzeichnet, sondern von den Kommunisten/Marxisten-Leninisten der „Humanite Rouge".

HINWEIS

Dieser Ausgabe des Roten Morgen liegt eine Beilage bei.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postf. 30 05 26. Pschkto. Dortmund Nr. 117 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36, Erscheinungsweise wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 30 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Rote Betriebsrätin bei KHD entlassen

Zwei Tage nach der ersten Betriebsratssitzung ist die Rote Betriebsrätin Monika fristlos entlassen worden. Sie ist einer der beiden Roten Betriebsräte, die über eine Rote Liste in den Betriebsrat gewählt worden sind. Wie kam es zu dieser Entlassung?

Die erste Betriebsratssitzung findet statt. Der Vorsitzende, Stellvertreter und Schriftführer werden gewählt. Der Personalausschuß, der über Kündigungen berät, soll ebenfalls gewählt werden. Es kommen genau die gleichen Betriebsräte hinein, die auch schon vorher drinnen waren. Der Personalausschuß erhält sogar die Befugnis, Kündigungen zu entscheiden und der Gesamtbetriebsrat braucht nicht einmal gehört zu werden. Damit sollen die Roten Betriebsräte von solchen wichtigen Fragen ausgeschlossen werden und den KHD-Kapitalisten soll es erleichtert werden, Entlassungen vorzunehmen. Alle anderen Ausschüsse und Funktionen sollen später gewählt werden, und solange üben die alten Betriebsräte die Funktionen weiter aus.

So versuchen sie schon von Anfang an die Arbeit der Roten Betriebsräte zu behindern, und Bleffert, der Betriebsratsvorsitzende, erklärt ausdrücklich, daß die neuen Betriebsräte noch keine Funktionen haben, daß sie einen Arbeitsplatz haben und daß der vorrangig sei.

Am nächsten Tag fragen die Kollegen die Rote Betriebsrätin interessiert über die Ergebnisse der ersten Sitzung. Es wird vorgeschlagen, daß alle Kollegen zusammenkommen, damit die Rote Betriebsrätin Monika ihnen gemeinsam berichten kann. Die Kollegen schlagen vor, die Versammlung während der Arbeitszeit zu machen. Vorher geht Monika noch zum Betriebsleiter, um die Bezahlung zu regeln. Demagogisch erklärt er: „Ich will Sie nicht an Ihrer Betriebsratsarbeit hindern", obwohl er sich dabei ganz genau überlegt, daß er diese Versammlung zum Vorwand der Entlassung nehmen will. Zur Versammlung kommen fast alle Kollegen.

Am nächsten Morgen legt der Betriebsratsvorsitzende Bleffert Monika die fristlose Kündigung vor. Begründung: Einberufung einer illegalen Abteilungsversammlung und arglistige Täuschung. Sie soll angeblich zum Betriebsleiter gesagt haben, der Betriebsrat hatte solche Versammlungen beschlossen. Nachmittags findet eine außerordentliche Betriebsratssitzung statt. Der Kündigung wird mit 14 gegen 7 Stimmen zugestimmt. Die Betriebsräte heucheln, daß es ihnen leid täte, Monika aber Gesetze gebrochen hätte. Und dann zeigen sie, wovor sie Angst haben. Die Betriebsräte erklären: „Wenn alles draußen erzählt wird, was im Betriebsrat läuft, dann können wir ja gleich mit Stühlen und Tischen nach draußen."

Sofort nach Betriebsschluß fährt der Lautsprecherwagen der Partei vors Tor und ruft die Kollegen zum Kampf gegen die Entlassung auf. Auch ein Flugblatt ist vorbereitet. Die Genossen haben erkannt, daß sie wachsamer sein müssen, denn die Kapitalisten und der DGB-Apparat nutzen jede Kleinigkeit aus, um den Roten Betriebsräten mit dem BVG eine Falle zu stellen.

Am Betriebstor herrscht große Aufregung, die Kollegen sind empört. Die beiden Roten Betriebsräte gehen in den Betrieb, um mit den Kollegen zu sprechen, der Werkschutz und die politische Polizei verfolgen sie. Der Betriebsleiter rennt auch herum, um herauszubekommen, was die beiden Roten Betriebsräte den Kollegen gesagt haben. Am nächsten Morgen: Der Lautsprecherwagen steht vor dem Tor, Flugblätter werden verteilt. Monika bekommt die Kündigung schriftlich. Sie geht wieder zu den Kollegen. Meister und Werkschutz versuchen ohne Erfolg, die Kollegen davon abzuhalten, mit ihr zu sprechen. Das Flugblatt der Betriebszelle der Partei wird interessiert diskutiert von den Kollegen. Unterschriften werden gesammelt. Die Betriebszelle hat den Kampf gegen die Entlassung aufgenommen.

Erwitte : Trotz Arbeitsgerichtsurteil

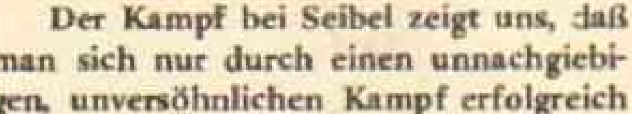
Kollegen streiken entschlossen weiter

Seit 53 Tagen hielten die kampfentschlossenen Arbeiter von Seibel und Söhne ihr Werk besetzt. Sie kämpfen gegen geplante Massenentlassungen und Stillegungen. Letzte Woche erklärt das Arbeitsgericht die Kündigungen für unwirksam, doch noch ist das Urteil nicht rechtskräftig. In Übereinstimmung mit dem Arbeitsgericht setzt der Führer der IG-Chemie, Papier, Keramik, Borghoff, ein übler Revisionist, durch, daß die Besetzung aufgehoben wird. Die Kollegen streiken aber weiter, außerhalb des Betriebes. Sie haben Mißtrauen in dieses Arbeitsgericht. Daß die Arbeiter nach diesem Urteil weiterstreiken, bis ihre Forderungen erfüllt sind, zeigt ihre hohe Kampfentschlossenheit, vor der sich die Bourgeoisie fürchtet.

Mit einer so hohen Kampfentschlossenheit und Einigkeit der Arbeiter von Seibel und Söhne haben die Kapitalisten nicht gerechnet. Schon am Anfang, nachdem die Entlassungen bekannt wurden, besetzten sie den Betrieb, sperrten die Tore zu, ließen keine LKW's mehr herein zum Beladen. Kapitalist Seibel traute sich selbst nicht mehr ins Werk. Die Kollegen standen nicht alleine, die Bevölkerung von Erwitte und Kollegen aus anderen Betrieben solidarisierten sich. Die Erwitter Bevölkerung versorgte die Kollegen mit Essen und Trinken. Seibel erteilte allen Hausverbot, stahl ihren Lohn und zahlte nur das pfändungsfreie Geld. Mit den üblichen Drohungen und Spaltungsversuchen konnte die Front nicht zerbrochen werden, ganz im Gegenteil. Selbst bereitgestellte Polizei, die in Lippstadt 1973 die streikenden Frauen prügelte, konnte die Front nicht ins Wanken bringen.

Um hier zu verhindern, daß die Kollegen die Unversöhnlichkeit des Klassenkampfes erkennen und sich dieser Kampf ausweitet und verschärft, mußte die Bourgeoisie ihre Agenturen in der Arbeiterklasse besonders einsetzen. Die Aufgabe dieser Agenturen, des DGB-Apparates und der D„K"P-Revisionisten ist es, die Kollegen von innen her zu spalten. So wollte der Betriebsrat, sowie IG-Chemie, Papier, Keramik-Bonze, Borghoff, ein übler Revisionist, schon am Anfang den Kampf spalten, indem er für schrittweise Entlassungen und einen Sozialplan verhandelte. Ständig versuchten Gewerkschaftsbonzen und D„K"P-Revisionisten den Kampf der Kollegen auf legale Bahnen festzulegen, die Kollegen an den Kapitalismus zu fesseln. Vor dem Betrieb wurde ein Schild aufgehängt mit einer Parole und Zitat aus der Verfassung von NRW, „Eigentum verpflichtet". Ihr Ziel: die Arbeiter sollen dafür kämpfen, daß Seibel die Verfassung einhält, die den Kollegen angeblich sichere Arbeitsplätze garantiert. Seibel soll als Sonderfall, als Ausnahme, als böswilliger Kapitalist hingestellt werden, der sogar die eigenen Gesetze bricht. Deshalb haben sich die anderen Zementkapitalisten in der Umgebung, denen der Schrecken in die Knochen gefahren ist, auch in Widerspruch zu Seibel gestellt. Den Kampf der Arbeiter bezeichnen sie als Notwehr gegen Seibel.

Die Aufgabe der D„K"P-Revisionisten und der Gewerkschaftsführer ist es, als Agenten der Bourgeoisie, getarnt als fortschrittliche und die D„K"P-Revisionisten, getarnt als Kommunisten, sich an die Spitze des Kampfes zu stellen, um so zu versuchen, ihm die Spitze zu nehmen. Sie versuchen, den militanten Kampf der Kollegen, die sich auch nicht gescheut haben, das BVG zu brechen, auf legale Bahnen, auf Verhandlungsführung zu lenken. Sie versuchen, Hoffnungen in diesen Staat, insbesondere in das Arbeitsgericht zu setzen, das diesen Kapitalisten wieder zur Ordnung ruft, um einen Musterfall zu konstruieren, wie Entlassungen im Kapitalismus verhindert werden können. Doch daß das Arbeitsgericht die Kündigungen für unwirksam erklärte, liegt einzig und allein an der großen Kampfkraft und Entschlossenheit der Kollegen und der Bevölkerung. Dazu kommen noch die günstigen Bedingungen, die bei Seibel und Söhne vorhanden sind, die den Kampf erleichtern.



Der Kampf bei Seibel zeigt uns, daß man sich nur durch einen unnachgiebigen, unversöhnlichen Kampf erfolgreich gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse wehren kann. Er zeigt uns auch, welche Angst die Kapitalisten davor haben, daß die Arbeiter die Wahrheit erkennen, daß Massenentlassungen Bestandteil des Kapitalismus sind und nicht eine Sache von guten und bösen Kapitalisten. Es zeigt uns auch, wie wachsam die Arbeiter sein müssen vor falschen Freunden wie den D„K"P-Revisionisten und den Gewerkschaftsführern, die Agenturen der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse sind, die eine der letzten Hoffnungen der Bourgeoisie sind, die Arbeiter vom revolutionären Kampf abzuhalten.

Daß die Arbeiter von Seibel und Söhne weiter streiken, ist ein großer Erfolg, sie müssen diesen Streik führen, bis alle ihre Forderungen voll und ganz erfüllt sind.



Streikende Kollegen bei Seibel & Söhne



Das "Jahr der Frau" ist eine Verhöhnung der werktätigen Frauen

Alle möglichen Politiker und Gewerkschaftsbonzen legen sich mächtig ins Zeug, schwafeln von der Gleichberechtigung der Frau. Aber wie es wirklich mit der Stellung der werktätigen Frauen in diesem Staat aussieht, das will ich an ein paar Beispielen aufzeigen.

Jetzt nach der letzten Lohnabrechnung war die Empörung groß. Dank der Steuerreform bekamen alle verheirateten Kolleginnen weniger Lohn. „Sie haben doch einen Mann der verdient", erzählte man uns. Eine Kollegin rief wütend: „So, billige Küchenmöbel können wir im ‚Jahr der Frau' kaufen, aber wenn es um das Bezahlen der Arbeit geht, dann ist es aus mit dem ‚Wohlwollen'! Da ich gerade geschieden bin und die Lohnsteuerkarte erst mit Rechtskraft des Urteils geändert wird, habe ich auch besondere Einbußen. Gegen meinen Protest sagte man mir: **‚Schaffen Sie sich doch einen Mann an!' ‚Was läßt Du Dich denn scheiden, schließlich ist der Lohn doch so berechnet, daß die Frau n u r mitverdient!'"**

Einige dieser Kapitalistenknechte betrachten die Frauen als Freiwild. Die größten Schweinereien leistet sich bei uns immer der Personalchef. Eine jüngere Kollegin wollte früher nach Hause, weil sie vergessen hatte, sich die Pille verschreiben zu lassen. Die Sprüche dieses „sauberen" Herrn gipfelten darin: „Wegen der Pille brauchen sie doch nicht gleich auf den Bock, das dauert also nicht so lange", und dann gönnerhaft: „Na, ich will ja nicht, daß sie gleich wieder ein' ansetzen." Es ist nur der Verwirrung der Kollegin zuzuschreiben, daß ihm nicht gleich einige Brocken um die Ohren geflogen sind.

An der Maschine, an der ich angelernt wurde, sollte Schicht gemacht werden. Eine Kollegin und ich weigerten uns ohne Schichtzulage zu arbeiten. Als alles andere nichts half, brüllte uns der Abteilungsleiter an. Ich würde entlassen, denn schließlich sei ich ja sozusagen alleinstehend.

Dies sind nur einige Beispiele jede werktätige Frau könnte eine Menge davon erzählen.

Unsere Lage ändert sich auch im „Jahr der Frau" nicht, sondern nur, wenn wir gemeinsam mit den männlichen Kollegen gegen den Kapitalismus kämpfen.

Meyerling auf der Flucht

Als ich am Morgen des 1. Mai zur Roten 1. Mai Demonstration fuhr, sah ich, wie sich vor dem Hoesch-Werkstor in Hörde jemand an einem Wahlplakat der Partei zu schaffen machte. Vom Laternenmast abgerissen, wollte er es gerade zerbrechen, als ich aus dem Auto sprang und dazwischen ging. Als ich das Plakat aufhob und wieder aufstellte, beschimpfte dieser Typ mich, beleidigte die Partei und drohte: „Wir werden bald mit 50 Mann kommen."

Da erkannte ich ihn: D„K"P-Bonze Meyerling, stadtbekannter Arbeiterverräter und Sozialfaschist, D„K"P-Betriebsrat bei Hoesch und Landtagskandidat der Revisionisten. Als ich jetzt auf ihn zuging, um ihm die Quittung für das Plakatabreißen und die frechen Reden zu erteilen, da rannte er, seine Frau an die Hand nehmend, in Richtung Werkstor. „Jetzt hole ich den Werkschutz", schrie er. „Das lassen wir uns nicht gefallen."

Aber sie kamen natürlich nicht heraus. Aus dem sicheren Schutz des Pförtnerhäuschens konnten D„K"P-Bonze und Werkschutz nur noch beobachten, wie ich mit einem zweiten Genossen, der jetzt gekommen war, das Plakat wieder aufhängte.

Betriebsratswahlen bei Mannesmann Duisburg-Huckingen

In unserem Betrieb standen 8 Listen zur Wahl. Neben der Liste von Knapp, dem alten Betriebsratsvorsitzenden, ein „linker" Sozialdemokrat und den modernen Revisionisten der D„K"P, die gemeinsam auf einer Liste kandidierten, gab es noch offen rechte Listen, die sich als Opposition zur Knapp- und D„K"P-Clique anpriesen. Knapp und die modernen Revisionisten der D„K"P, die ständig die Mannesmannarbeiter verraten, Streikkämpfe abwiegelten, sich aber fortschrittlich und kommunistisch tarnen, um dadurch Einfluß auf die Kollegen zu gewinnen, erhielten einen großen Teil der Stimmen. Nicht zuletzt durch die sogenannten oppositionellen Listen, die so und so nur von wenigen Kollegen gewählt wurden, weil sie offen rechts auftreten. Sie haben damit die Knapp- und D„K"P-Clique objektiv unterstützt. Ein Listenführer von diesen offen rechten Listen, der gewählt wurde, hängte den Betriebsratsposten auch gleich wieder an den Nagel, als ihm ein besser bezahlter Posten im Personalbüro angeboten worden ist.

Von Anfang an haben wir, die Betriebszelle bei Mannesmann, die Knapp- und Revisionisten-Clique als die gefährlichsten Feinde, als Wölfe im Schafspelz, angegriffen und das Wahlergebnis zeigt auch, daß dies richtig ist, denn viele Kollegen haben ihren Verrat noch nicht durchschaut. Diese Feinde der Arbeiterklasse werden wir auch weiterhin mit allen Mitteln bekämpfen und ihren Schwindel aufdecken.

Wir haben bei diesen Betriebsratswahlen als einzige zum aktiven Wahlboykott aufgerufen, denn eine revolutionäre Liste hat es bei Mannesmann nicht gegeben. 5% der Kollegen stimmten ungültig, während es 1972 nur 1,7% waren und nur 78% der Kollegen beteiligten sich an der Wahl, während es 1972 noch 84% waren. Dieses Wahlergebnis zeigt, daß eine ganze Menge Kollegen sich gesagt haben, „das mach ich nicht mit", die gesehen haben, daß diese Betriebsratswahlen für die Mannesmannarbeiter nichts bringen.

Revisionistisches

REVISIONISTISCHE TALK-SHOW

„S"DAJ-Magazin „Elan" ist sauer! Sauer auf das Fernsehen, weil es die „Talk-Show" des Dietmar Schönherr abgesetzt hat. Und um dem arg verfolgten „Linken" Dietmar einen Ausgleich für verlorene Publizität zu verschaffen, hielt „Elan" eine Talk-Show mit dem Star per Zeitung. Was da gesagt wurde, entlarvt nicht nur Dietmar Schönherr, sondern auch „Elan". Auf die Frage, woran es denn wohl lag, daß die Schönherr-Langspielplatten nicht gekauft wurden, sagt Schönherr: *„Das weiß ich nicht. Vielleicht waren die Texte zu gut oder ihrer Zeit voraus. Es waren Texte, die ich gar nicht mal als so anspruchsvoll ansehe. Aber zu diesem Zeitpunkt waren sie es vielleicht".* Die nächste Frage von „Elan" ist, wo man diese Platten denn noch kaufen könne. Denn wie Herr Schönherr, so meint auch „Elan" seiner Zeit voraus zu sein, zu gut und zu anspruchsvoll zu sein, um von den breiten Massen, die sie als „dumm" ansehen, geschätzt zu werden. In ihrer unglaublichen Arroganz und Massenverachtung sind sich bürgerliche Stars und Revisionisten ähnlich wie ein Ei dem anderen. Beide fühlen sich als ausgewählte Elite, die hoch über dem einfachen Volk schwebt und daraus das Recht ableitet, sich über die unten lustig zu machen, und ihnen dabei noch das Geld aus der Tasche zu ziehen.

SOZIALIMPERIALISTEN AUF DER FLUCHT

Als die Truppen der Roten Khmer in Phnom Penh einmarschierten, freuten sich alle freiheitsliebenden Menschen der Welt mit dem kambodschanischen Volk, als hätten sie selbst den Sieg errungen. Getrauert haben an diesem Tag nur die Imperialisten und alle Reaktionäre – alle diejenigen, die Grund haben die Flammen des Befreiungskampfes der Völker zu fürchten. Imperialisten und andere Reaktionäre waren es auch, die kurz vor der endgültigen Befreiung Kambodschas panikartig die Flucht ergriffen, die Flucht vor der Befreiungsarmee. Manche von ihnen haben kein Flugzeug mehr bekommen und flohen deshalb in die französische Botschaft in Phnom Penh. Einer Zeitungsmeldung ist zu entnehmen, wer sich unter ihnen befand: Staatsbürger der Sowjetunion, der DDR, Indiens und Pakistans. Klar ist eines: Freunde des kambodschanischen Volkes hatten keinerlei Grund zur Flucht!

„F"DJ-FUNKTIONÄR IN DIE ENGE GETRIEBEN

Eine Delegation des revisionistischen Jugendverbandes der DDR, „F"DJ, kam vor kurzem nach Hamburg. Zwei Delegationsmitglieder führten in dem Hamburger Gymnasium Farmsen, zusammen mit dem D„K"P-Schülerbund und der Schulleitung eine „Informationsveranstaltung" zum Schulsystem der DDR durch. Die „Informationsveranstaltung" erwies sich als Propagandaveranstaltung für das sozialfaschistische Regime der DDR. So lobten die Veranstalter den Schießbefehl an der DDR-Staatsgrenze zur DBR als „Verteidigung des Sozialismus". Ein fortschrittlicher Lehrer stellte ihnen daraufhin die Frage, wie sich der Schießbefehl und die Schüsse auf Arbeiter mit dem Sozialismus vereinbaren ließen, worauf ein „F"DJ-Funktionär antwortete: *„Ich kann Sie nicht überzeugen, Sie können mich nicht überzeugen, die Sache ist zu kompliziert, also lassen wir das."* Wenn die modernen Revisionisten nicht mehr ein noch aus wissen, wie sie ihr wirkliches sozialfaschistisches Gesicht verbergen können, dann unterstellen sie den Massen, daß diese zu dumm seien, um so „komplizierte" Dinge – wie den Schießbefehl an der Mauer – zu verstehen.

1. Mai in der Volksrepublik Albanien

In einer begeisterten Atmosphäre und mit berechtigtem Stolz auf die beim sozialistischen Aufbau erzielten Erfolge begingen die Werktätigen Albaniens feierlich den 1. Mai, den Tag der internationalen Solidarität der Werktätigen. In der Hauptstadt und in anderen Städten des Landes fanden am 1. Mai morgens die traditionellen Maiumzüge der werktätigen Massen statt. Es waren sämtlich Kundgebungen der Einheit des Volkes und der Partei der Arbeit und der Volksmacht, der Entschlossenheit der Massen, die Sache der Revolution und des sozialistischen Aufbaus unter Führung der Partei der Arbeit mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze voranzuführen.

Der traditionelle Umzug der Werktätigen der Hauptstadt fand auf dem Boulevard der gefallenen Helden der Nation statt. Auf der gegenüber dem Gebäude des Zentralkomitees der Partei der Arbeit errichteten zentralen Tribüne nahmen die Genossen Enver Hoxha, Haxhi Lleshi, Mehmet Shehu und andere Partei- und Staatsführer sowie der außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter der Demokratischen Republik Vietnam, der Geschäftsträger ab interim der Republik Südvietnam, der außerordentliche Botschafter des Königreiches Kambodscha Platz. Ebenso waren dort die ausländischen Gewerkschaftsdelegationen anwesend, die nach Albanien gekommen sind, um an den Feierlichkeiten zum 1. Mai teilzunehmen sowie Chefs und Funktionäre der in der Volksrepublik Albanien akkreditierten diplomatischen Vertretungen.

Der Kandidat des Politbüros des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Tino Peripheri, begrüßte im Namen des Zentralkomitees des Gewerkschaftsverbandes der Werktätigen der Hauptstadt und ganz Albaniens zum 1. Mai.

Nach der Festansprache verkündeten Fanfaren den Beginn des Festes. Über den Boulevard der gefallenen Helden der Nation zogen die Marschblöcke der Teilnehmer an der Manifestation. Eine große Gruppe Arbeiter eröffnete den Vorbeimarsch. An der Spitze trugen sie eine große Nationalflagge und das Bild des Genossen Enver Hoxha, des Führers der Partei der Arbeit und des albanischen Volkes. Ebenso waren große Portraits der Klassiker des Marxismus-Leninismus, Marx, Engels, Lenin und Stalin dabei.

Seit 30 Jahren feiert die albanische Arbeiterklasse den 1. Mai als Klasse an der Macht, mit der Partei an der Spitze und gibt im ganzen Leben des Landes den Ton an. Die leitende Rolle der albanischen Arbeiterklasse, ihre Kontrolle über alle, gewährleistet die Vorwärtsentwicklung der Revolution und des Aufbaus des Sozialismus in Albanien.

So marschiert die Arbeiterklasse vor den Partei- und Staatsführern vorbei und zeigt auf Tausenden Tabellen die allseitigen Erfolge, die sie in den ersten 4 Monaten des laufenden Jahres, des letzten Jahres des 5. Fünfjahrplanes, erfüllt hat. Sie hat die Planaufgaben der gesamten Industrieproduktion dieser Zeitspanne überboten, mehrere Produktionsstraßen und -abteilungen in Betrieb genommen, die sie mit ihren eigenen Kräften errichtet hat, und sie hat an den großen Werken des 5. Fünfjahrplanes die Arbeiten vorangetrieben. Sie hat zahlreiche revolutionäre Initiativen entwickelt, die zur Steigerung des Sozialproduktes und zur Stählung des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen dienen. Die Arbeiterklasse bekundete ihre Entschlossenheit, an der Spitze des Kampfes zu stehen, um die Parteilinie durchzusetzen, die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Ordnung weiter zu festigen, damit Albanien stets das unbeugsame Bollwerk und ein Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa bleibt.

Zusammen mit der Arbeiterklasse nahm an der Demonstration zum 1. Mai auch deren Verbündete, die Genossenschaftsbauernschaft, teil. Auch die Bauern begehen den 1. Mai mit wichtigen Erfolgen. Termingemäß und in guter Qualität wurden die Frühjahrsbestellungen durchgeführt. Geraume Zeit vor dem Fest wurde der Jahresplan zur Urbarmachung von Neuland erfüllt, die landwirtschaftliche Produktion wird im laufenden Jahr voraussichtlich um 16% höher liegen als im Vorjahr.

Die Volksintelligenz bekundete zur Feier des 1. Mai ihre Entschlossenheit, sich mit dem Volk möglichst eng zu verbinden, sich mit den Massen zu vereinen, sich als Revolutionäre im Schoße der Arbeiterklasse und der Genossenschaftsbauern zu stählen.



1. Mai in Tirana. Mit Begeisterung feiert das albanische Volk den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse.

Die junge Generation Albaniens zog mit großer Begeisterung vorbei und bekundete ihre Entschlossenheit, auch in Zukunft auf dem revolutionären Weg der Partei zu schreiten und die Lehren des Genossen Enver Hoxha in die Tat umzusetzen und sich als revolutionäre Generation zu stählen, um würdig zu sein, die Stafette der Revolution voranzutragen. Die Jugend brachte ihre Bereitschaft zum Ausdruck, dort zu arbeiten, wo es die höheren Interessen des Volkes und des sozialistischen Vaterlandes verlangen, um durch freiwilligen Einsatz die großen nationalen Aktionen, den Bau der neuen Eisenbahnlinien, die die Partei der Jugend anvertraut hat, mit Erfolg abzuschließen.

An dem Umzug nahmen auch die Freiwilligen der Volksverteidigung teil. Die Verteidigung des Vaterlandes ist in Albanien eine Aufgabe, die über allen anderen steht. Jeder Bürger ist ein Soldat der Vaterlandsverteidigung und wacht über die Errungenschaften der Revolution. Die imperialistischen und revisionistischen Feinde werden sich am granitenen Bollwerk, an der Volksrepublik Albanien, den Schädel einrennen. Wie Genosse Enver Hoxha gesagt hat, werden die Grenzen Albaniens und der albanische Boden von einem Volk und einer Partei verteidigt, die jedem, der es wagen sollte, sie anzutasten, Leim in den Mund gießen wird.

Die Demonstrationen der albanischen Werktätigen zum 1. Mai waren ein machtvoller Ausdruck des proletarischen Internationalismus. Auf dieser Kundgebung wurde die große Freude der Werktätigen von Tirana über den historischen Sieg des heroischen Vietnam bekundet. Während die Massen Losungen riefen, die diesen Sieg begrüßten, drückten sich Genosse Enver Hoxha und andere Partei- und Staatsführer mit den Vertretern des vietnamesischen und kambodschanischen Volkes, die sich ebenfalls auf der Zentraltribüne befanden, fest die Hände. Die Demonstranten führten zahlreiche Losungen mit sich. „Es lebe die große albanisch-chinesische Freundschaft!" „Es leben die für Freiheit, Unabhängigkeit und Sozialismus kämpfenden Völker!" „Wir unterstützen machtvoll den Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus!" „Wir unterstützen den Kampf der internationalen Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung!" „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch gegen den amerikanischen Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus!" Die glänzende Manifestation zum 1. Mai in Tirana wurde mit der Internationale abgeschlossen.

1. Mai in anderen europäischen Ländern

NORWEGEN

In Norwegen hatte die Kommunistische Arbeiterpartei Norwegens/Marxisten-Leninisten insgesamt zu über 100 Demonstrationen aufgerufen. An der größten Demonstration in Oslo beteiligten sich rund 8 000 Menschen. Hier in Oslo versuchte eine Gruppe von etwa 200 Faschisten gegen die revolutionäre Maidemonstration vorzugehen. Eine Tränengas- und Rauchbombe wurde auf die Demonstration geworfen. Die Faschisten konnten aber von den Genossen entwaffnet werden. Dabei griff die Polizei ein und nahm einen Genossen fest.

Der diesjährige 1. Mai in Norwegen stand wie in anderen Ländern auch im Zeichen des Sieges der Völker Vietnams und Kambodschas und des Kampfes gegen die beiden Supermächte und die wachsende Kriegsgefahr.

SCHWEDEN

Die Genossen der Kommunistischen Partei Schwedens hatten zu einer Reihe von Demonstrationen und Kundgebungen aufgerufen. In Stockholm waren es 12 000, die zusammen mit der Kommunistischen Partei Schwedens demonstrierten. Genosse Myrdal sprach über den Kampf der indochinesischen Völker. Ein revolutionärer Holzfäller berichtete über den Streik der Holzfäller in Luxellar, der schon seit mehreren Monaten für eine Lohnerhöhung und bessere Arbeitsbedingungen geführt wird.

FRANKREICH

In Frankreich hatten die Kommunisten/Marxisten-Leninisten zusammen mit revolutionären ausländischen Organisationen zu einer Demonstration in Paris aufgerufen. 7 000 Menschen folgten dem Aufruf. Während dieser Demonstration verkauften die französischen Genossen die erste Nummer der Tageszeitung von „Humanite Rouge".

BELGIEN

Die belgischen Genossen der Kommunistischen Partei Belgiens/Marxisten-Leninisten machten am Vormittag des 1. Mai Propaganda auf den Straßen. Nachmittags fand eine Veranstaltung statt. Der politische Schwerpunkt des diesjährigen 1. Mai in Belgien lag auf dem Sieg der indochinesischen Völker und auf dem Kampf gegen die beiden Supermächte.

Vom Aufbau des Sozialismus

ALBANIEN – EIN LAND OHNE STEUERN

Während in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern die Werktätigen durch immer stärker wachsende Steuern ausgeplündert werden, zahlt das albanische Volk schon seit Jahren keinen Pfennig Steuern mehr. Das ist ein weiteres Beispiel für die Überlegenheit des sozialistischen Systems über den Kapitalismus.

Die Tatsache, daß in Albanien alle Steuern abgeschafft sind, ist das Ergebnis der Fortsetzung des Klassenkampfes im Sozialismus, ist das Ergebnis der Diktatur des Proletariats. Auch die Steuerpolitik des sozialistischen Albanien richtete sich von Anfang an gegen die alten Ausbeuter und Unterdrücker und diente der Arbeiterklasse.

Sofort nach der Befreiung wurde die Besteuerung der Arbeiter, der armen und mittleren Bauern und aller Werktätigen verringert, während die Klasse der Bourgeoisie und die reichen Bauern besonders hohe Steuern an den sozialistischen Staat zahlen mußten. So wurde der Lohnraub durch ständig steigende Steuern, mit denen die kapitalistischen und revisionistischen Staaten die Werktätigen ausbeutet, beseitigt und gleichzeitig die materielle Basis der ehemaligen Ausbeuterklassen angegriffen. So diente z. B. eine außerordentliche Besteuerung der Kriegsgewinnler, die progressiv war, dazu, die Enteignung der Kapitalisten zu beschleunigen. Diese Steuer richtete sich gegen Kaufleute und Kapitalisten, die sich am Krieg bereichert und so dem antifaschistischen Kampf des Volkes großen Schaden zugefügt hatten. Die sozialistische Staatsmacht verwendete diese Steuergelder hauptsächlich dazu, die Kriegsschäden zu beseitigen, um kulturelle und soziale Projekte zu finanzieren. Ebenfalls gegen Kaufleute und Industrielle richtete sich die Profitsteuer.

Auch auf dem Land diente die Steuerpolitik den Volksmassen. Während die jungen landwirtschaftlichen Genossenschaften keinerlei Steuern zu zahlen brauchten, sondern im Gegenteil Zuschüsse vom Staat erhielten, wurden den Kulaken hohe Steuerlasten auferlegt, um die Liquidierung der wirtschaftlichen Basis dieser Ausbeuterschicht zu beschleunigen. Obwohl nur 4% der Einzelhöfe im Besitz der reichen Bauern war, zahlten sie doch etwa 35% der gesamten Steuern, während die armen Bauern höchstens 2,2% ihres Einkommens als Steuern an den Staat abführten.

Je weiter sich die sozialistische Wirtschaft entwickelte, je mehr Produktionsmittel in das Eigentum des Staates übergingen, desto mehr sank auch der Anteil der Steuergelder am Staatshaushalt. Ein Teil der Steuern, der sich gegen die Kapitalisten und Großbauern gerichtet hatte, ging nach und nach immer mehr zurück, während der sozialistische Staat gleichzeitig die geringen Steuern, die die Werktätigen nach der Befreiung noch zahlen mußten, immer mehr senkte, um das Niveau der materiellen und kulturellen Möglichkeiten für die Volksmassen zu heben. So betrug der Anteil der Steuergelder am Staatshaushalt im Jahr nach der Befreiung noch 92%, während er 1969 auf 0,1% gesunken war. Im 4. Fünfjahresplan wurden sämtliche Steuern endgültig abgeschafft.

Auch die Steuerpolitik eines sozialistischen Landes dient also als Waffe gegen die alten, bürgerlichen Klassen und Schichten und ist ein Instrument in der Hand des Staates zum Aufbau des Sozialismus und zur ständigen Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der werktätigen Massen.

Für die Einheit aller Marxisten-Leninisten in der KPD/ML

„Einigkeit macht stark!" Diese alte Erfahrung der Arbeiterbewegung ist heute im Hinblick auf die großen revolutionären Kampfaufgaben der Arbeiterklasse wichtiger denn je. Die Verschärfung der allgemeinen Krise des Imperialismus, die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges durch den Kampf der zwei Supermächte um die Weltherrschaft machen die Schmiedung der revolutionären Einheit der Arbeiterklasse immer dringlicher. Die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse aber erfordert die Einheit der Marxisten-Leninisten in der Kommunistischen Partei; denn nur unter der einheitlichen Führung durch die revolutionäre Partei des Proletariats kann die Einheit der Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage verwirklicht werden. Unsere Partei begrüßt es daher, daß in der gemeinsamen Erklärung unserer Partei und der Gruppe Rote Fahne, die sich selbst KPD nennt, die Notwendigkeit des Kampfes für die Einheit der Marxisten-Leninisten und des scharfen und sachlichen ideologischen Kampfes zur Klärung der politischen und ideologischen Differenzen zwischen der KPD/ML und der GRF betont wird.

Unsere Partei ist stets für den Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte und für die Einheit der Marxisten-Leninisten eingetreten. Dieser konsequente Kampf unserer Partei um die Einheit der Revolutionäre auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus gegen den modernen Revisionismus und andere bürgerliche Strömungen in der Arbeiterklasse und im Kleinbürgertum hat in den letzten Jahren einer großen Zahl von Genossen, die sich zuvor anderen Organisationen und Gruppierungen angeschlossen hatten, den Weg zur Partei gewiesen. Er hat dazu geführt, daß eine Reihe neben der Partei und teilweise gegen sie gegründeter Organisationen von ihren revolutionären Mitgliedern aufgelöst wurden, um den Weg zur Einheit in der KPD/ML freizumachen. Trotz dieser Erfolge ist aber die Aufgabe, die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML herzustellen, noch keineswegs gelöst.

Wir freuen uns daher, daß es an diesem 1. Mai wenigstens gelungen ist, auf der Grundlage der gemeinsamen Erklärung zwischen unserer Partei und der GRF in einigen Städten gemeinsame Demonstrationen durchzuführen. Wir wissen, daß das Zustandekommen dieser Aktionseinheit auch von allen ehrlichen Mitgliedern der GRF freudig begrüßt worden ist und wir freuen uns darüber, daß in vielen Städten Mitglieder der GRF zahlreiche Beweise für ihre Entschlossenheit geliefert haben, auch weiterhin für den Zusammenschluß der revolutionären Kräfte und für die Einheit der Marxisten-Leninisten zu kämpfen. Wir wissen, daß es vor allem ihrem Einsatz zu danken ist, daß die Führer der GRF gezwungen waren, in diesem Jahr auf den Vorschlag des Zentralkomitees unserer Partei für die Aktionseinheit einzugehen.

Wenn dagegen sich die GRF-Führer in der „Roten Fahne" Nr. 16/75 berechtigt fühlen zu schreiben, daß das „ZK der KPD große Anstrengungen unternommen" habe, „mit den revolutionären Kräften zu einer Aktionseinheit zu gelangen", sieht die Sache schon anders aus. Warum verschweigen die GRF-Führer, daß diese Aktionseinheit nur auf der Grundlage von Prinzipien zustandekommen konnte, für die unsere Partei im Kampf für den Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte stets konsequent eingetreten ist, die aber die Führer der GRF in den letzten Jahren bei zahlreichen Anlässen mit Füßen getreten haben: **keine Aktionseinheit mit den modernen Revisionisten der D„K"P/„S"EW und trotzkistischen Organisationen, keine Duldung ihrer Losungen auf den revolutionären Maidemonstrationen, keine Hetze gegen die sozialistischen Länder, gegen die Diktatur des Proletariats und gegen die marxistisch-leninistische Weltbewegung, Freiheit der Agitation und Propaganda für jede revolutionäre Organisation.**

Auf dieser Grundlage richtete unsere Partei beispielsweise auch zum 1. Mai des letzten Jahres ein Aktionseinheitsangebot an die Führer der Gruppe Rote Fahne. Damals erklärten die GRF-Führer: „Daher sind sie (gemeint ist die Partei – RM) für den Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen unseres Landes kein positiver Faktor. Die schädliche Rolle, die sie durch ihr Sektierertum spielen, werden wir durch die Bildung einer Aktionseinheit mit ihnen am 1. Mai nicht unterstützen." (RF 16/74). Dieses Verhalten kann ja wohl kaum als „große Anstrengungen für die Aktionseinheit aller revolutionären Kräfte" mißverstanden werden. **Und wenn die GRF-Führer heute den Anspruch erheben, für die Einheit einzutreten, dann ist es ja wohl auch nicht zuviel verlangt, daß sie auch ein paar Worte über ihre bisherige Spaltertätigkeit verlieren.** Der letzte 1. Mai ist ja nur eines von zahlreichen Beispielen, wo die GRF-Führer eine Politik der Spaltung um jeden Preis betrieben haben, wo sie sich mit allen Opportunisten bis hin zu eingeschworenen Antikommunisten wie den Trotzkisten gegen unsere Partei verbunden haben.

Geradezu makaber aber wird es, wenn die GRF-Führer in der RF 16/75 schreiben: „Wir begrüßen besonders, daß in der gemeinsamen Erklärung mit der KPD/ML die Notwendigkeit des entschiedenen Kampfes um die Einheit der Marxisten-Leninisten sowie die Bereitschaft zu einem scharfen und sachlichen ideologischen Kampf zur Klärung wichtiger politischer und ideologischer Differenzen hervorgehoben wird." Auch wir freuen uns natürlich, daß die GRF-Führer diesen Sätzen der gemeinsamen Erklärung zugestimmt haben. Bloß ändert das nichts an der Tatsache, daß gerade sie ihre Organisation im Kampf gegen die bestehende marxistisch-leninistische Partei, die KPD/ML, und damit auch im Kampf gegen die Einheit der Marxisten-Leninisten in der bolschewistischen Partei gegründet haben. **Nachdem die GRF-Führer inzwischen selbst nichts mehr von ihren damals zur „Rechtfertigung" dieses spalterischen Aktes präsentierten kleinbürgerlichen Parteiaufbautheorien wissen wollen, haben die GRF-Führer bei ihrem angeblich so „entschiedenen Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten" noch kein Wort der Selbstkritik in der „Roten Fahne" darüber verloren, daß sie mit der Gründung ihrer Organisation einen Akt der Spaltung der Marxisten-Leninisten vollzogen haben und daß sie diese Spaltertätigkeit bis heute fortgesetzt haben.**

Unsere Partei erachtet es für besonders wichtig, daß in der gemeinsamen Erklärung eine korrekte Einschätzung des modernen Revisionismus enthalten ist, vor allem, daß der moderne Revisionismus im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten **in erster Linie** bekämpft werden muß, daß es mit der D„K"P/„S"EW als Agentur der Bourgeoisie und als Agentur der sowjetischen Sozialimperialisten keine Aktionseinheit geben kann. Auch hier möchten die GRF-Führer offensichtlich den Mantel des Schweigens über die Tatsache breiten, daß sie im Kampf gegen unsere Partei sich stets schützend vor den modernen Revisionismus gestellt haben, daß sie mit allen Mitteln versucht haben, zu verhindern, daß in der revolutionären Bewegung Klarheit über den modernen Revisionismus als Hauptfeind in der Arbeiterbewegung entsteht. So steht in der Gründungserklärung der GRF kein Wort über die Notwendigkeit des Kampfes gegen den modernen Revisionismus. Stattdessen werden die marxistisch-leninistischen Parteien der 3. Kommunistischen Internationale als revisionistisch angegriffen. So haben die GRF-Führer früher offen Aktionseinheiten mit der D„K"P/„S"EW angestrebt. Hierbei handelt es sich aber keineswegs um längst gelegte Eier. Im letzten Jahr veröffentlichten die GRF-Führer einen sogenannten Programmentwurf, aus dem hervorgeht, daß der moderne Revisionismus ihrer Ansicht nach nicht bekämpft werden muß, weil er von der Arbeiterklasse durchschaut sei: „Erst recht weiß sie (die Arbeiterklasse – RM) aus der Geschichte, daß durch das Aufstellen umfassender Demokratisierungsforderungen und der Forderung nach „antimonopolistischer Demokratie" einem Gesellschaftssystem nicht beizukommen ist, dessen Wesen in politischer Reaktion auf der ganzen Linie besteht." (S. 32). Andererseits wird der moderne Revisionismus hier völlig falsch dargestellt, als eine fortschrittliche, allerdings eben nur demokratische Kraft, die darum keinen Weg zum Sozialismus weist. In Wirklichkeit ist die „antimonopolistische Demokratie" eben keineswegs eine demokratische Forderung, sondern Teil der revisionistischen Ideologie des friedlichen Übergangs zum Sozialismus. Auf dieser von den GRF-Führern geschaffenen Grundlage der Versöhnung mit dem modernen Revisionismus war es zum Beispiel beim 1. Mai 1974 möglich, daß einzelne GRF-Ortsgruppen wie Darmstadt offiziell Aktionseinheitsangebote an die D„K"P richteten und die „Rote Fahne" selbst Aktionseinheiten mit unteren Ebenen der D„K"P begrüßte.

Wie in der Frage des Kampfes gegen den modernen Revisionismus haben die GRF-Führer in der gemeinsamen Erklärung auch einer korrekten Einschätzung des Trotzkismus zugestimmt. Aber auch in dieser Frage fehlt eine klare Absage der GRF-Führer an ihre frühere Politik. Sie waren es, die versucht haben, dem Trotzkismus in der revolutionären Bewegung einen Platz einzuräumen, indem sie mit offen trotzkistischen Organisationen Aktionseinheiten eingingen.

In der gemeinsamen Erklärung wird ferner betont, daß auf den revolutionären Maidemonstrationen keine Hetze gegen die sozialistischen Länder, gegen die Diktatur des Proletariats und gegen die marxistisch-leninistische Weltbewegung geduldet werden können. Wir haben schon mehrfach im ROTEN MORGEN Artikel der „Roten Fahne" entlarvt, wo unter dem Deckmantel „solidarischer Kritik" in Wirklichkeit schwere Angriffe gegen die sozialistischen Länder gerichtet wurden. Die GRF-Führer haben das stets abgestritten. Für jeden offensichtlich aber ist die Hetze der GRF-Führer gegen die sozialistische Sowjetunion unter der Führung Stalins. So behaupteten die GRF-Führer noch in ihrem Programmentwurf, unter der Führung Stalins sei das Volk ebenso unterdrückt worden wie die alten Ausbeuter. Es hieß dort auf S. 13: „Widersprüche im Volk wurden ausschließlich als Widersprüche zum Feind, begangene Fehler als Sabotage behandelt." **Diese Angriffe der GRF-Führer gegen den Genossen Stalin und gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion decken sich praktisch vollkommen mit den Angirffen der modernen Revisionisten und Trotzkisten.** Die GRF-Führer haben zwar eine Reihe von Versuchen gestartet, diese Tatsache zu verharmlosen, aber in keiner Weise Selbstkritik in dieser Frage geübt.

Das gleiche gilt für die Angriffe gegen die marxistisch-leninistische Weltbewegung. Wir begrüßen es, daß es auch in dieser Frage gelungen ist, entgegen der bisherigen politischen Praxis der GRF-Führer eine korrekte Position in der gemeinsamen Erklärung festzulegen. Vor weniger als einem Jahr haben die GRF-Führer einen besonders schweren Angriff gegen die marxistisch-leninistische Weltbewegung gestartet, indem sie die ungeheure Behauptung aufstellten, die internationale kommunistische Bewegung verfüge über kein einheitliches Programm. Diesen Angriff, der praktisch die Existenz einer geschlossenen internationalen kommunistischen Bewegung und ihren siegreichen Kampf gegen den Verrat des modernen Revisionismus leugnet, haben die GRF-Führer ebenfalls noch nicht selbstkritisch zurückgenommen.

Schließlich hält unsere Partei es für besonders wichtig, daß in der gemeinsamen Erklärung festgehalten ist: **„Beide Organisationen betonen, daß es die vorrangige Aufgabe aller Revolutionäre und Kommunisten ist, die Völker und das internationale Proletariat im Kampf gegen die beiden Supermächte weiter zu mobilisieren und zu führen."** Auch hier ist es allerdings so, daß die GRF-Führer erst in letzter Zeit anerkannt haben, daß der Kampf und der Zusammenschluß der Völker gegen die beiden Supermächte notwendig ist. Bis dahin haben sie diese Auffassung mit folgender Begründung von ihrer 3. Parteikonferenz bekämpft: „Unsere Partei wendet die materialistische Dialektik auch in der Frage des Hauptwiderspruchs und der von ihm abzuleitenden Nebenwidersprüche an. (...) Sie unterscheidet daher nicht zwischen ‚Supermächten' auf der einen, ‚mittelgroßen' und ‚kleinen' Ländern auf der anderen Seite." Ausdrücklich haben die GRF-Führer hier die Analyse der internationalen Lage durch die KP Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens als unmaterialistisch und undialektisch bezeichnet. GRF-Führer Semler hat in seiner Rede zum 5. Jahrestag der GRF-Gründung in dieser Frage eine sogenannte Selbstkritik abgegeben: „Wir waren in Sorge, daß in dieser Parole und in dieser Linie ‚Staaten wollen Unabhängigkeit' verloren gehen könnte, daß es sich bei einer ganzen Reihe von Staaten der 2. und 3. Welt um erzreaktionäre faschistische Regimes handelt, die nur ein Lippenbekenntnis ablegen zum Kampf gegen die imperialistischen Supermächte und fünf Minuten später wieder mit den Imperialisten unter derselben Decke stecken." (RF 9/75). Mit anderen Worten, die GRF-Führer haben sich eben mehr „Sorgen" als die chinesischen und albanischen Genossen gemacht, sie haben geirrt, weil sie zuviel Verantwortungsbewußtsein in dieser Frage gezeigt haben. **Das allerdings hat mit ehrlicher Selbstkritik nichts zu tun, das ist im Grunde nur ein neuer Angriff gegen die marxistisch-leninistische Weltbewegung.** Und auch dieser 1. Mai hat gezeigt, daß die GRF-Führer ihre gegen den Zusammenschluß der Völker gerichtete Linie keineswegs völlig über Bord geworfen haben. Zwar haben sie der gemeinsamen Erklärung zugestimmt und sich an deren korrekter Linie auf den Roten Maidemonstrationen im wesentlichen gehalten. **Aber wo sie beispielsweise als „oppositioneller Block" an den DGB-Kundgebungen teilgenommen haben, tauchte von der Notwendigkeit des Kampfes gegen die beiden Supermächte kein Wort in den Aufrufen auf.**

Wir betonen, daß es uns keineswegs darum geht, alten Schmutz, den die GRF-Führer allerdings reichlich aufgehäuft haben, hervorzukehren. Wir erkennen an, daß jeder ehrliche Genosse und jede revolutionäre Organisation Fehler, auch schwerwiegende Fehler machen kann. Aber ob jemand oder eine Organisation tatsächlich revolutionär ist, entscheidet sich eben vor allem auch an der Haltung, die gegenüber diesen Fehlern eingenommen wird. Werden die Interessen der Arbeiterklasse, des Volkes, der Revolution an die erste Stelle gesetzt, wird rückhaltlos Selbstkritik geübt, um alle ideologischen und politischen Verwirrungen aus dem Weg zu räumen, die eine Verwirklichung der revolutionären Linie verhindern könnten, dann handelt man revolutionär und leistet auch einen Beitrag zur Einheit der Marxisten-Leninisten. Aber wer seine eigenen Interessen an die erste Stelle setzt, falsche Positionen erst aufgibt, wenn sie völlig unhaltbar geworden sind, wer keine offene Selbstkritik leistet, sondern versucht, die Fehler zu verharmlosen und zu übertünchen, wer aus kleinbürgerlichem Konkurrenzdenken heraus bolschewistische Ehrlichkeit durch taktische Finessen zu ersetzen sucht, der muß damit rechnen, daß ihm mit äußerster Wachsamkeit entgegengetreten wird. Nicht Worte, sondern Taten zählen – das ist die Weisheit des Volkes. In allen möglichen Punkten Lippenbekenntnisse abgeben, sich stets Hintertürchen offenzuhalten, nach allen Seiten offenbleiben – das ist das Vorgehen bürgerlicher Politiker.

In dieser Haltung werden wir durch die Tatsache bestätigt, daß es auch an diesem 1. Mai eine Reihe von Provokationen seitens der GRF-Führer gegeben hat, deren Ziel es eindeutig war, die Aktionseinheit, die sie unter dem Druck der revolutionären GRF-Mitglieder eingehen mußten, zu sabotieren. In Kiel, Duisburg und Stuttgart ist es ihnen trotz des Kampfes unserer Partei für die Aktionseinheit gelungen, ihr Zustandekommen zu verhindern. Hier zeigte sich am klarsten, daß die GRF-Führer nicht den Wunsch nach möglichst starken revolutionären Maidemonstrationen an die erste Stelle setzten, sondern ihr kleinbürgerliches Konkurrenzdenken. Der 1. Mai hat gezeigt, daß in Kiel und Duisburg die Kräfte für eine Rote Maidemonstration vorhanden sind. Obwohl sie sich dort z.B. an den Wahlen beteiligte, lehnte die GRF eine Aktionseinheit in diesen Städten ab, weil in diesen Orten sonst die Schwäche ihrer Organisation gegenüber der Partei klar zum Ausdruck gekommen wäre. Unsere Partei hat sich dagegen unabhängig von ihrer quantitativen Stärke überall an den Roten Maidemonstrationen beteiligt. In Stuttgart ließen die GRF-Führer die Aktionseinheit platzen, nachdem die Partei versucht hatte, zu verhindern, daß die Demonstration durch eine beinahe menschenleere Innenstadt geführt wird. Obwohl die Partei selbst in dieser wichtigen Frage schließlich zu einem Kompromiß bereit war, um die Aktionseinheit zu retten, vollzogen die GRF-Führer die Spaltung.

In allen anderen Fällen konnte die Aktionseinheit durchgesetzt werden. In Nürnberg kam sie aber erst in letzter Minute zustande, nachdem die Partei sich in einem Offenen Brief an die Mitglieder der GRF gewandt hatte. Die GRF-Führer wollten der Partei nämlich selbst einen eigenen Lautsprecherwagen verweigern. In Dortmund erdreisteten sich die GRF-Führer, direkt vor dem Block der Partei ihre Organisationsfahne tragen zu lassen, um den Eindruck zu erwecken, auch dieser Block stünde unter ihrer Führung. Die GRF-Fahne konnte erst nach einem kurzen Handgemenge entfernt werden, für dessen Entstehen Vertreter des ZK der GRF auch noch frech unsere Partei verantwortlich machen wollten. **Im Gegensatz zu solchen Vorfällen freuen wir uns, daß z.B. in Ludwigshafen der Geist der gemeinsamen Erklärung in die Tat umgesetzt wurde.**

Hauptsächlich stellten die GRF-Führer während der Verhandlungen zwei Ultimaten, mit denen sie offensichtlich versuchen wollten, die Aktionseinheit überall dort platzen zu lassen, wo sie ihre in der gemeinsamen Erklärung gemachten politischen Zugeständnisse nicht mit der Durchsetzung ihres kleinbürgerlichen Führungsanspruches „wettmachen" konnten. Mit Ausnahme von Ludwigshafen forderten sie überall ultimativ, daß sie bei der Demonstration vor der Partei marschieren müßten. In Nürnberg hatte die GRF zunächst zugestimmt, daß die Partei an der Spitze geht, dann aber mit der Drohung, die Aktionseinheit platzen zu lassen, gefordert, die GRF müsse an der Spitze marschieren. Daraus wird ersichtlich, daß es sich hier offensichtlich um eine zentrale Anweisung der GRF gehandelt hat. Die Partei hat in dieser Frage überall nachgegeben. **Für uns war wichtig, daß es mit der gemeinsamen Erklärung gelungen war, in wichtigen Fragen korrekte marxistisch-leninistische Positionen durchzusetzen. Wir wollten den GRF-Führern keine Gelegenheit geben, den Boden der gemeinsamen Erklärung durch die Hintertür wieder zu verlassen. Außerdem sind wir im Gegensatz zum kleinbürgerlichen Konkurrenzdenken der Meinung, daß die führende Rolle der Partei sich vor allem in ihrer politischen Linie ausdrückt und nicht, an welcher Stelle man bei einer Demonstration marschiert.**

Wichtiger war für uns die Frage der Route und des Abmarschtermins. Hier versuchten die GRF-Führer häufig, die Demonstrationen durch menschenleere Innenstädte zu lenken. Die Partei hat dafür gekämpft, die Demonstrationen zu einem vernünftigen Zeitpunkt in proletarischen Vierteln durchzuführen. Aber auch in dieser Frage sind wir Kompromisse, wo sie noch irgendwie vertretbar waren, eingegangen, um die Aktionseinheit durchzusetzen. So hat unsere Partei an diesem 1. Mai erneut bewiesen, daß sie ehrlich und konsequent für die Einheit kämpft. Die GRF-Mitglieder haben sich ebenfalls in vielen Städten energisch für das Zustandekommen der Aktionseinheit eingesetzt. Die GRF-Führer aber haben entgegen dem Geist der gemeinsamen Erklärung versucht, ihren kleinbürgerlichen Führungsanspruch über die Interessen der Arbeiterklasse und der Revolution zu stellen.

Trotzdem bleibt für unsere Partei die gemeinsame Erklärung von großer Bedeutung. In ihr sind wesentliche Punkte enthalten, auf deren Grundlage die Front gegen die beiden Supermächte geschmiedet werden kann. Sie ist bedeutend für den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten. Andererseits ist uns klar, daß die gemeinsame Erklärung in vielen Punkten im Widerspruch zur politischen Praxis der GRF-Führer steht. Davon abgesehen sind wesentliche Fragen wie der bolschewistische Parteiaufbau, das Verhältnis vom Kampf um Reformen zum Kampf für die Revolution, die Frage des Parlamentarismus usw. nicht in der gemeinsamen Erklärung angesprochen, weil die GRF-Führer hier weiterhin an ihren reformistischen, legalistischen, opportunistischen Positionen festhalten. **Wir fordern alle Freunde und Genossen unserer Partei und der GRF und aller anderen sich marxistisch-leninistisch nennenden Organisationen auf, auf der Grundlage dieser Erklärung den Kampf um die Einheit zu verstärken. Wir fordern die Genossen der GRF auf, an der gemeinsamen Erklärung die politische Praxis ihrer Führer zu messen. Machen wir die Aktionseinheit zu einem Schritt im Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML!**

GRF Führer auf dem Weg zum Himmelreich?

Zur Hölle mit diesen Opportunisten!

„Es rettet uns kein' höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun . . .“ So heißt es in der „Internationale“, dem großen Kampflied der Arbeiterklasse aller Länder. Dies das Volk unermüdlich zu lehren, es in diesem Sinne zu erziehen, sehen die Kommunisten auf der ganzen Welt als ihre Aufgabe an. Anders die Gruppe Rote Fahne, die sich KPD nennt. Niemals würde sie so „sektiererisch“ sein, die christliche Religion anzugreifen – würde sie dadurch doch ihrer Ansicht nach zu vieler Anhänger verlustig gehen, würde sie doch dadurch eventuell christliche Wähler verschrecken.

Ganz im Gegenteil: Die Gruppe Rote Fahne ist sehr stolz darauf, einen Pfarrer – einen ordinierten Geistlichen sogar – Religionslehrer seines Zeichens, als „kommunistischen“ Kandidaten ihres Vereins in Stuttgart den Werktätigen vorzustellen. So stolz ist sie auf dieses Produkt ihrer festen Verankerung im Kleinbürgertum, daß sie ihn in der „Roten Fahne“ unter der Überschrift anpreist: „Landtagskandidat und Religionslehrer!“ So begeistert waren sie über diese neue Kandidatenerrungenschaft, daß sie in ihrer Einbildung, bald im Landtag zu sitzen, den Pfarrer auch noch vom Kommunalkandidaten zum Landtagskandidaten machten.

Was kümmert es die GRF, wenn Marx festgestellt hat, daß Religionen das Opium des Volkes sind. Was kümmert es die GRF schon, daß gerade die Religionslehrer es sind, die dieses Gift schon den Kindern verabreichen? Was kümmert die GRF schon, daß Religionen – diese Brutstätten des Idealismus – der Weltanschauung der Kommunisten, dem historischen und dialektischen Materialismus vollkommen zuwiderlaufen. Es kümmert die GRF auch nicht, daß sie den rückläufigen Einfluß der Religion dadurch aufpoliert, indem sie einen vielleicht durchaus in bestimmten Fragen fortschrittlichen Pfarrer unter dem Mantel „kommunistisch“ segeln läßt.

Ihre Politik des Stimmenfanges ist der GRF mehr wert als die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, um ihren oft proklamierten Anspruch der Partei, die bereits die Massen führt, irgendwie einzulösen, was ihr angesichts der Wahlergebnisse immer schwerer fällt, ist sie bereit, in ihrem Organ ein Plädoyer für das aktive Christentum zu propagieren.

Was in der „Roten Fahne“ von Religionslehrer Gebert zu lesen ist, ist nicht etwa eine Selbstkritik für den Schaden, den er als solcher angerichtet hat. Nein! Es ist eine Verteidigungsrede für die christliche Religion, mit bestimmten sogenannten „kritischen“ Bemerkungen! Es ist eine Predigt für den Reformismus – in wortradikaler Tonart vorgebracht, wie es so die Art der kirchlichen Prediger ist. Die D„K“P hätte es wohl kaum fertiggebracht, den Kapitalismus besser zu verteidigen, als die GRF die Religion nach der Methode: Parfum auf den Mist, damit er nicht so stinkt.

In seinen ganzen Ausführungen versucht der Pfarrer im trauten Verein mit der GRF sinngemäß herauszuarbeiten: Jesus war der erste Kommunist, und wir wirklichen Christen wollen doch nichts anderes als die Kommunisten. Es wird versucht, den Zorn vieler Werktätiger auf die reaktionären christlichen Kirchen an einigen Kirchenfürsten abprallen zu lassen, um die idealistische Ideologie, die Religion vor dem Untergang zu retten. Kurz gefaßt läßt die „Rote Fahne“ den Pfarrer sagen: „Machen wir die christlichen Kirchen wieder zu einer Kampforganisation der Unterdrückten.“ Aber waren sie das jemals? Stimmt es, was Herr Gebert meint, daß die „konservativen Kreise“ (in der Kirche, die Red.) „die größten Verräter am Evangelium sind“? Stimmt es, daß die Kirche „weitgehend zu einem Dienstleistungsbetrieb, der feierliche Zeremonien teuer verkauft, und zu einem sozialen Hilfs- und Tröstungsverein herabgesunken“ sei?

Wir können im Gegensatz zu „KPD“-Gebert leider nicht feststellen, daß die „offizielle Kirche“ das Evangelium verraten hat, denn unseres Wissens wird noch immer von der Kanzel gepredigt: „Liebet Eure Feinde“, und: „Reich sind die Armen im Geiste, denn ihrer ist das Himmelreich“. Weiter können wir nicht gerade sagen, daß wir die Kirche als „Dienstleistungsbetrieb“ herabgesunken sehen, wenn wir ihren äußerst hartnäckigen Kampf für den § 218 betrachten, der schon so mancher Frau das Leben und die Gesundheit gekostet hat, und der schon so manche Familie ins Elend stürzte. Dies alles geschieht unter berechtigter Berufung auf das Evangelium, auf dessen Rückbesinnung „KPD“-Gebert alle Karten setzt. So sehr sich der Pfarrer auch bemüht, als Sprecher der Unterdrückten aufzutreten – seine Sprüche entlarven ihn vollständig als Reformisten, der die bestehenden Verhältnisse zu verbessern vorgibt, um sie zu erhalten.

In dem ganzen Interview in der „Roten Fahne“ spricht Pfarrer Gebert viel davon, daß man die kapitalistischen Verbrechen ausrotten müsse, und daß er deshalb für die „KPD“ kandidiere, weil sie die einzige Partei sei, die den kapitalistischen Verbrechen ein Ende mache – aber er spricht nicht mit einem Wort von der sozialistischen Revolution, von der Zerschlagung des Kapitalismus, was ihm als Pfarrer nicht vorzuwerfen ist, allerdings aber als Kandidaten der GRF.

Wenn man den Sozialismus so definiert wie Pfarrer Gebert in einer Wahlannonce der „KPD“ in einer Stuttgarter Zeitung, dann wird verständlich, daß in dem Interview keine Rede von Revolution ist (von der RM-Redaktion ins Hochdeutsche übertragen): „Sozialismus ist nicht das, was sie in Rußland machen, Sozialismus, das ist eben das, wie nach dem Krieg, wo alle zusammen hingelangt haben, und die Karre aus dem Dreck gezogen haben.“ So sieht also die GRF den Sozialismus: wenn das Volk gemeinsam und mit allen Kräften das Land wieder aufbaut, und die Kapitalisten zusammen mit den Besatzern den Rahm abschöpfen.

Folgerichtig sieht der Pfarrer, der vorhat, das Bündnis zwischen Thron und Altar anzugreifen, auch seine und seiner Partei jetzige Aufgaben: „Esgilt, die prophetischen und urchristlichen Ideen von einer Gesellschaft, in der Gerechtigkeit, Friede und Freude zum Wohle aller Menschen herrschen, in der **heutigen Klassenkampfsituation** in die Tat umzusetzen – notfalls und wahrscheinlich gegen die etablierten Kirchen.“ Hier zeigt es sich ganz offen, wohin der „kommunistische“ Kandidat hinaus will: Auf die Seite der Klassenversöhnung, des Klassenfriedens mit den Herrschenden, mit den Unterdrückern. Die D„K“P hätte dieses Ziel nicht treffender ausdrücken können. Das, was Pfarrer Gebert mit derlei unverblümten Parolen des Klassenfriedens in seiner Kirche erst erreichen will, weiß er beim Weltkirchenrat und der französischen protestantischen Kirche – die er nicht zu den bürgerlichen Kirchen zählt – bereits durchgesetzt: Wie er in der „Roten Fahne“ berichtet, haben sie nämlich „die derzeitige Klassenkampfsituation sehr wohl begriffen und sich darauf eingestellt“. Bei uns, bedauert er, „hat die offizielle Kirche kaum Kontakt zu Arbeitern und Angestellten“. **Wir Kommunisten können dazu nur sagen: Es wäre gut, wenn es tatsächlich so wäre!**

Die „Rote Fahne“ beläßt es nicht dabei, nach der Manier der D„K“P die Arbeiterklasse auf den falschen Weg zu führen. Sie erdreistet sich in ihrer ungeheuren Arroganz auch noch, die Werktätigen als „Millionen Konsumidioten“ zu beschimpfen. In ihrem Zynismus und ihrer maßlosen Überheblichkeit gehen sie sogar so weit, den Spruch ihres Kandidaten abzudrucken: „Es wundert mich, daß noch so viele Arbeiter Kirchensteuern bezahlen.“ Er, der das Opium unter das Volk bringt, wundert sich zynisch über dessen Wirkung. Er, der von den Kirchensteuern lebt, macht sich über diejenigen lustig, die sie bezahlen, und beides in einer sogenannten kommunistischen Zeitung.

Es wäre falsch von uns, nur darüber zu lachen, wenn eine Gruppe, die sich kommunistisch nennt, einen Wahlkandidaten aufstellt, der Pfarrer ist, wenn sie in ihrer Zeitung einen Artikel abdruckt, der eindeutig das „aktive Christentum“ propagiert. Es ist deshalb so ernst, weil dadurch der Sache der Arbeiterklasse großer Schaden zugefügt wurde, weil dem Kommunismus damit geschadet wurde.

Wir richten unsere Vorwürfe nicht hauptsächlich an Pfarrer Gebert. Wahrscheinlich meint er es ehrlich und weiß es nicht besser. Aber die GRF weiß es genau. Wir fordern die GRF auf, Selbstkritik zu üben, nicht nur in der „Roten Fahne“, sondern überall dort, wo sie einen Pfarrer und das Christentum propagiert hat.

Wahlen in NRW

Mordanschlag der D'K'P in Bochum

In der Nacht zum 29. April hatten die modernen Revisionisten der D„K“P ihre Schlägertrupps aus mehreren Städten aus Nordrheinwestfalen zusammengezogen. Sie zertrümmerten insgesamt 500 Stellschilder mit den Wahlplakaten der KPD/ML in dieser Nacht. Als einige Freunde und Genossen der Partei am Springerplatz auf einen der Schlägertrupps zugingen, stürzten sich acht der D„K“P-Schläger auf sie. Bewaffnet mit Holzlatten, Gummiknüppeln und schweren Eisenzangen. Ein Genosse wurde von ihnen zusammengeschlagen. Ein anderer Genosse wurde von zwei D„K“P-Schlägern in die Zange genommen. Während sie ihn langsam rückwärts drängten, raste im selben Augenblick von der Seite her ein weißer Peugeot mit Vollgas auf den Genossen zu. Im letzten Augenblick konnte er zur Seite springen. Wieder waren die Schläger vor ihm. Der Peugeot wendete und raste erneut auf den Genossen zu. Wieder konnte der Genosse durch einen schnellen Sprung dem Auto knapp entkommen.

Ein älterer Mann, der das Ganze beobachtet hat, rief die Polizei. „Das war ein Mordversuch, das ist vollkommen klar“, sagte er.

Die Partei hat auf diesen Mordversuch an einem Genossen mit einem Flugblatt geantwortet, das noch in der selben Nacht gedruckt und am nächsten Tag in Bochum und in Dortmund verteilt wurde. In Dortmund reagierten die modernen Revisionisten besonders wütend auf das Flugblatt. Denn der Wagen, mit dem der Mordanschlag auf den Genossen verübt wurde, trägt ein Dortmunder Kennzeichen: DO CL - 698.

Dieses Vorgehen der D„K“P-Revisionisten in Bochum ist kein Zufall und kein Einzelfall. Bei vielen Gelegenheiten haben sie bereits Genossen der Partei zusammengeschlagen – stets dann, wenn sie in der Übermacht waren oder aus dem Hinterhalt heraus. So stürzte in Kiel ein D„K“P-Revisionist einen Genossen hinterrücks die Treppen hinunter, so daß er schwerverletzt ins Krankenhaus mußte. In Duisburg schlugen griechische Revisionisten erst vor kurzem einen Genossen so zusammen, daß er eine schwere Gehirnerschütterung bekam. Diese Beispiele ließen sich vermehren.

Vielen mag es kaum glaubhaft erscheinen, daß Leute, die sich Kommunisten nennen, Plakate zerstören, auf denen die sozialistische Revolution propagiert wird, daß sie die Kommunisten von der KPD/ML fast wütender bekämpfen als das die offenen Faschisten von der NPD tun.

Tatsächlich aber sind die modernen Revisionisten der D„K“P nichts anderes als Faschisten. Natürlich, dem D„K“P-Betriebsrat, den D„K“P-Funktionären in Schlips und Kragen sieht man den Faschisten nicht gleich an der Nasenspitze an, sie geben sich fortschrittlich, geben sich als Kommunisten. Und sie behaupten, sie würden die KPD/ML-Genossen „Chaoten“, „Maoisten“ usw. nennen und sie bekämpfen, weil die KPD/ML angeblich verhindern würde, daß in Deutschland der Sozialismus errichtet wird.

Aber das ist eine Lüge. Am deutlichsten zeigt sich das dort, wo die Revisionisten heute an der Macht sind: in der Sowjetunion, in der DDR, in Polen usw. Dort werden die Werktätigen nicht weniger grausam unterdrückt als hier bei uns in der Zeit des Hitlerfaschismus. Die Gefängnisse und Irrenhäuser sind voll von politischen Gefangenen. Als 1970 die polnischen Werftarbeiter streikten und mit der „Internationale“ auf den Lippen demonstrierten, wurden sie von der Polizei und der Armee beschossen. In der Zeit nach dem Streik wurden viele seiner Führer meuchlings ermordet. In der DDR hält die Honecker-Clique auf Befehl Moskaus die Arbeiter und die anderen Werktätigen sogar mit Stacheldraht, Minenfeldern und Schießbefehl gefangen.

Die Tatsachen über die Länder in denen die modernen Revisionisten an der Macht sind, beweisen eindeutig, warum die D„K“P hier gegen die Kommunisten kämpft. Nicht weil sie die Werktätigen zum Sozialismus führen will, sondern weil sie mit allen Mitteln, mit Demagogie und Terror verhindern will, daß die Arbeiterklasse tatsächlich in der sozialistischen Revolution sieht und ihre Diktatur, die Diktatur des Proletariats errichtet. Ihr Vorgehen in Bochum zeigt, daß sie dabei genauso wenig wie ihre Kumpanen in der Sowjetunion oder in Polen vor feigen Mordanschlägen zurückschrecken.

Oberverwaltungsgericht verbietet Wahlsendung der KPD/ML

Der WDR hat der KPD/ML als einziger Partei die Wahl-Rundfunksendung verweigert. Nachdem zunächst das Kölner Verwaltungsgericht auf Antrag der Partei den WDR zur Sendung verpflichtete, hat jetzt das Oberverwaltungsgericht Münster den Wahlbeitrag in der Berufungsverhandlung endgültig verboten. Eine Revision läßt das Oberverwaltungsgericht von vornherein nicht zu.

Und die Begründung für dieses Urteil? Die Wahlsendung der KPD/ML sei überhaupt keine Wahlwerbung! Denn sie würde „**nicht dazu beitragen, eine funktionstüchtige, legitime Volksvertretung zu schaffen**“, sie würde nicht zur „**Stimmabgabe für die verfassungsmäßigen Vertretungsorgane**“ aufrufen, sondern im Gegenteil zur „**Beseitigung der Volksvertretung mit unfriedlichen Mitteln**“ aufrufen und das Parlament mißachten. So etwas sei keine Wahlwerbung und brauche daher auch nicht gesendet zu werden. Auf deutsch: weil wir nicht die Propaganda der Partei zu unterzig Versprechungen machen, weil wir den Werktätigen ohne Umschweife erklären: Wahlen können unsere Lage nicht ändern, weil wir den bürgerlichen Wahlschwindel entlarven, anstatt ihn noch mit einem Anstrich von „Arbeiteropposition“ übertünchen, wie die Revisionisten, muß unsere Propaganda verboten werden!

Der Anwalt des WDR, ein „hoher Herr“ aus Bonn, forderte in seinem Plädoyer das Gericht offen dazu auf, die bürgerlichen Gesetze zu brechen, um drücken. Die KPD/ML dürfe praktisch die Gesetze gar nicht in Anspruch nehmen, weil sie ja erkläre, daß man den kapitalistischen Staatsapparat zerschlagen müsse. Das ist nichts als die Forderung nach faschistischen Sondergesetzen, wie sie vor und nach der Machtergreifung der Hitlerfaschisten gegen die Kommunistische Partei angewandt wurden. Folgerichtig hieß es im Plädoyer: Das Grundgesetz sei nicht nur im Hinblick auf die Zustände nach '33, sondern vor allem auf die Kämpfe vor '33 verfaßt worden. Der Bonner Anwalt, der Kontakt zur Regierung haben soll, empfahl im weiteren letztlich, die Partei als „kriminelle Vereinigung“ zu verbieten. Heute hätten wir eine „streitbare Demokratie“, und der „**Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung**“ sei „**nicht mehr gesichert**“. Deshalb sollten die Richter „**vor lauter juristischen Spitzfindigkeiten**“ (gemeint ist wohl die Verfassung) „**nicht den politischen Weitblick verlieren**“. Seinen Hauptangriff richtete er auf das Parteienprivileg, das besagt, eine Partei, die nicht verboten ist, dürfe ungehindert an der politischen Willensbildung des Volkes teilnehmen. Man dürfe im Falle der KPD/ML nicht erst ein Verbot des Bundesverfassungsgerichtes abwarten, sondern alle staatlichen Institutionen müßten jetzt schon auf ein faktisches Verbot der Partei hinarbeiten!

Und das Gericht? Es brauchte keine zehn Minuten, um dieser Aufforderung nachzukommen und sein Urteil zu fällen. Ja, kaum eine Stunde nach dem Urteilsspruch in Münster brachte der Kölner WDR die Urteilsbegründung schon in den Nachrichten – ein klarer Beweis dafür, daß das Urteil bereits lange vorher feststand!

Die Partei wird jedoch trotz dieses Urteils in ihrer revolutionären Propaganda nicht zurückstecken. Sollten die Herren in Bonn und Düsseldorf damit spekulieren, uns dazu zu zwingen, Bestandteile unseres Programms wegzulassen und in Opportunismus zu verfallen, so haben sie sich in den Finger geschnitten! Die KPD/ML wird um jedes bißchen Legalität kämpfen. Ohne Illusionen in die bürgerliche Klassenjustiz zu haben, werden wir die Wahl anfechten, um vor den arbeitenden Menschen den Betrug und die abgrundtiefe Heuchelei der bürgerlichen Demokratie noch klarer zu entlarven.

LESERBRIEF

Köln, den 14. 11. 74

Liebe ROTE MORGEN-Redaktion!

Ich bin jetzt 12 Jahre alt und bin in der Klasse 6. Ich finde ganz gut, was die KPD/ML macht, Z.B. die Demonstrationen für Arbeiter, die wenig Lohn kriegen, und daß die KPD/ML gegen die Religion kämpft. Das darf ich aber in meiner Schule nicht sagen. Mir ist es einmal passiert, daß mein Religionslehrer gesagt hat, daß es Gott gäbe, und daß Berthold Brecht in einer Geschichte das auch gesagt hätte. Aber Bertolt Brecht hätte das nie gesagt, weil es keinen Gott gibt. Und ich weiß von Bertolt Brecht, daß er für die alte KPD war, die für Marx, Engels, Lenin und Stalin war.

Ich wünsche euch weiterhin viel Erfolg und hoffe, daß bald keiner mehr an Gott glaubt und die Arbeiter bestimmen, was man sagen darf.

Rot Front!

Neue Anklageschrift gegen Genossen Ernst Aust

Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, hat erneut eine Anklageschrift erhalten. Die Staatsanwaltschaft Hamburg wirft ihm aufgrund von einigen Artikeln in Nummern des ROTEN MORGEN von 1972 „Wehrkraftzersetzung" vor. Sie klagt ihn gleichzeitig wegen „böswilliger Verächtlichmachung der BRD" an wegen eines Artikels im Extrablatt des ROTEN MORGEN: „Sie fürchten den Marxismus-Leninismus" mit der Überschrift „Interview mit dem Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust".

„Welche Taktik die Bourgeoisie und ihre Justizcamarilla dabei verfolgt", sagte Genosse Ernst Aust in diesem Interview, „erkennt man, wenn man weiß, daß allein die Zitierung der Beschlagnahmebegründung im ROTEN MORGEN bei diesem Interview schon wieder einen Grund für die nächste Beschlagnahme darstellt. Was sie will ist, mittels des Justiz- und Beschlagnahmeterrors die legale kommunistische Agitation und Propaganda unmöglich zu machen."

Die erneute Anklageschrift gegen Genossen Ernst ist der beste Beweis dafür, daß er Recht hat. Da soll zum Beispiel verboten werden, zu schreiben:

„Jeder Staat bedeutet Gewaltanwendung. Der Unterschied zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Staatsmacht liegt eben darin, ob die Gewalt gegen die Ausgebeuteten, die Werktätigen, oder ob sie gegen die Ausbeuter angewandt wird. Diese Feststellung ist eine Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus."

„Da wir nun aber in der Deutschen Bundesrepublik leben, wenden wir sie natürlich nicht etwa abstrakt, sondern konkret auf diesen Staat an und entlarven anhand von Beispielen sein ausbeuterisches, gewalttätiges, räuberisches, imperialistisches Wesen."

„Natürlich ist ein solcher Staat der ‚Achtung der Staatsbürger nicht wert'. Er ist nur wert, durch die proletarische Revolution zerschlagen und auf den Misthaufen der Geschichte gekehrt zu werden."

Diese Sätze aus dem ROTEN MORGEN sind weder eine „Beschimpfung" noch eine „böswillige Verächtlichmachung" der Bundesrepublik, sie sind nichts weiter als eine wissenschaftliche Zusammenfassung der gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Staat, wie sie auch für andere kapitalistische Staaten zutreffen. Die Staatsanwaltschaft Hamburg zeigt mit dieser Anklageschrift, daß es ihr genau wie in den fünfziger Jahren dem Bundesverfassungsgericht darum geht, die Lehre des Marxismus-Leninismus und die marxistisch-leninistische Partei zu verbieten. Das Ziel ist das gleiche, nur die Methoden sind etwas anders.

Zum ersten Mal soll mit diesem Prozeß gegen den Genossen Ernst Aust, bei dem die kommunistische Agitation und Propaganda verfolgt wird, die Verhandlung sofort vor dem Landgericht bzw. der Staatsschutzkammer in Hamburg stattfinden. Das heißt, gegen das Urteil, das das Gericht fällen wird, kann keine Berufung eingelegt werden. Um im Namen der Bourgeoisie eine möglichst hohe Strafe gegen den Genossen Ernst Aust verhängen zu können, hat die Staatsanwaltschaft zu dem Extrablatt des ROTEN MORGEN aus dem letzten Jahr noch Artikel hinzugezogen, die vor zweieinhalb Jahren im ROTEN MORGEN standen und nach dem Presserecht längst verjährt sind (Wehrkraftzersetzung kann mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren verfolgt werden).

Die Bourgeoisie hat schon bisher gezeigt, daß sie Genossen Ernst Aust, der in der KPD an der vordersten Front gegen den modernen Revisionismus kämpfte, der zu den Gründern der KPD/ML gehört, der seit 1971 Vorsitzender der KPD/ML ist, ganz besonders fürchtet und haßt. Allein in drei Prozessen sind gegen Genossen Ernst Aust Geldstrafen von über 10 000 DM verhängt worden.

Aber im gleichen Maße, wie sich der Terror der Bourgeoisie gegen die KPD/ML und ihren Vorsitzenden verstärkt, wächst auch die Sympathie der Arbeiter und der anderen Werktätigen mit der Partei, zum Marxismus-Leninismus. Diese Sympathie hat die Partei allein deshalb gewonnen, weil sie an ihrer korrekten Linie festgehalten hat. Deshalb ist es für keinen der Genossen der Partei eine Frage, daß es für Kommunisten auf die Anklagen der bürgerlichen Klassenjustiz nur eine Antwort gibt. Die Antwort, die Karl Marx bereits vor über 100 Jahren gab:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnungen."

Bombendrohung gegen die GeWiSo

„Ist dort die Nummer 4 10 17 36? Um 6 Uhr geht bei Euch eine Bombe hoch." – 4 10 17 36 ist die Telefonnummer der Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus in Hamburg. Als die Mitarbeiter der GeWiSo auf diesen Anruf hin die Polizei verständigten und aufforderten, etwas zu unternehmen, lehnte das die Polizei ab. Ihr Kommentar: man sollte einmal gründlich suchen.

Das war ungefähr eine Stunde vor 18.00 Uhr. In dem Haus, in dem die GeWiSo eingemietet ist, wohnen mehrere Familien. Die GeWiSo selber hat große Literaturlager, die bei einem Bombenanschlag wie Zunder brennen würden. Und die Polizei weiß ganz genau, daß solche Bombendrohungen ernst zu nehmen sind. Erst vor wenigen Wochen flog in Bremen ein Laden des „K"BW in die Luft.

Zur gleichen Zeit ist die Bourgeoisie in hellem Aufruhr wegen der Ereignisse in Stockholm, sind die Zeitungen voll von Beschwörungen, weitere Opfer des „Terrors' zu verhüten, Schutzmaßnahmen zu verstärken usw. Die zynische Reaktion der Polizei auf die Bombendrohung gegen die GeWiSo, die zugleich das Leben der im Haus wohnenden Familien gefährdete, zeigt, wen allein die Bourgeoisie zu schützen gedenkt, nämlich sich selber.

Auf einen erneuten Anruf der Mitarbeiter der GeWiSo hin, bequemte sich die Polizei schließlich einige Beamte hinzuschicken, die sich allerdings darauf beschränkten, auf der Straße zu warten. Die Mitarbeiter der GeWiSo waren die einzigen, die sich um die Räumung des Hauses kümmerten.

Glücklicherweise passierte nichts. Aber daß die Polizei nichts unternahm, lag nicht etwa an ihrer „prophetischen Gabe", sondern daran, daß sie prinzipiell kein Interesse daran hat, Verbrechen gegen Kommunisten, fortschrittliche Menschen, Verbrechen gegen das Volk zu verhindern und zu bestrafen. So sah die Polizei auch bei dem Bombenanschlag auf den Buchladen des „K"BW vor einigen Wochen ihre erste und wichtigste Aufgabe darin, erst einmal alle Spuren, mit denen die Täter hätten gefunden werden können, zu vernichten.

Polizeiüberfall auf CISNU-Demonstration

Am Samstag, den 3. Mai rief die CISNU in mehreren Städten der Bundesrepublik zu Protestdemonstrationen gegen die Ermordung von 9 politischen Gefangenen im Iran auf. Als sich die Demonstranten in Hamburg am Aufstellungsort versammelten, versuchte die Polizei plötzlich, einen iranischen Genossen zu verhaften. Als Demonstranten versuchten, den iranischen Genossen zu befreien, ging die Polizei mit brutaler Gewalt gegen die Versammelten vor. Mehrere Genossen wurden verletzt, einer von ihnen erlitt eine Gehirnerschütterung.

Die Genossen setzten sich aber zur Wehr, so daß einige Polizisten im Krankenwagen abtransportiert werden mußten.

Per Polizeilautsprecher wurde dann die vorher genehmigte Demonstration verboten.

Die Polizei konnte jedoch nicht verhindern, daß die Demonstration doch noch stattfand. Die Genossen sammelten sich nach der Auflösung der Demonstration erneut in einer Straße im Zentrum Hamburgs, wo sich sehr viele Menschen aufhielten. Hier wurde eine illegale Kundgebung abgehalten, auf der unter anderem eine Grußadresse der Partei verlesen wurde. Rund 600 Menschen hatten sich hier versammelt, weit mehr als am Abmarschort standen, als die Polizei auf die Demonstranten einknüppelte. Von der Kundgebung aus formierte sich dann ein Demonstrationszug. In Reden wurde der Polizeiüberfall auf die CISNU-Demonstration entlarvt. In zahlreichen Gesprächen mit Genossen zeigte sich, daß die Bevölkerung darüber sehr empört war.

Als die Polizei merkte, daß sich erneut ein Demonstrationszug formiert hatte, sperrte sie sofort die Straßen ab und ließ Wasserwerfer auffahren. Die Demonstration löste sich jedoch rechtzeitig auf. Die Demonstranten verschwanden in den Kaufhäusern. Es konnte niemand mehr festgenommen werden.

Korrespondenzen

Bremen

Zum 1. Mai erhielten wir den Brief eines Genossen aus Bremen, der seit mehreren Monaten im Krankenhaus liegt und in dieser Zeit den ROTEN MORGEN regelmäßig mit Briefen und Korrespondenzen unterstützt hat. Der Genosse schreibt:

Liebe Genossen der Roten Morgen-Redaktion!

Gestattet mir, daß ich Euch zum Roten 1. Mai auf diesem Weg die besten Wünsche und revolutionäre Grüße aus dem Krankenhaus sende. Leider ist es mir durch meine Krankheit nicht möglich, dieses Jahr unter dem Zeichen und den Parolen, der Führung und den Fahnen der Partei zu demonstrieren, zu kämpfen im Betrieb und zu feiern auf den Veranstaltungen. Doch mit Herz und Geist bin ich bei allem dabei. Das sollt Ihr sicher wissen. Und ich bin nicht allein.

Unter Anleitung der Partei und ihrer aufopferungsvollen Pflege, konnte ich auch im Krankenhaus den Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und modernen Revisionismus erfolgreich führen. Einige Patienten haben inzwischen das Krankenhaus verlassen und dabei das chinesische und albanische Volk lieben gelernt. Sie haben gesehen, daß sie den ROTEN MORGEN lesen müssen, um die Wahrheit zu erfahren. Ja, inzwischen ist sogar der erste Mitkämpfer für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland gewonnen. Und das zeigt die Größe der Partei, ihre Kraft und Stärke.

Konkret sah es nämlich so aus: Am Anfang hatte ich Angst, hier wirklich den Kommunismus und die Partei zu propagieren. Es war so vieles schief gelaufen (ich schrieb Euch davon) und ich dachte: wenn die merken, daß du Kommunist bist, machen sie dich ganz fertig.

Aber was sollen sie noch mehr machen? Anfang des Jahres hatte ich Verbot, in andere Krankenzimmer zu gehen. Da kamen alle zu mir. Unter der Führung der Partei wurde mir klar: Als kranker Arbeiter bist du nichts wert. Wir haben letztlich nichts zu verlieren als unsere Ketten. Zurückweichen im Kampf bringt nichts. Wie sollen die Massen die Revolution machen und für den Kommunismus kämpfen, wenn wir ihnen das nicht erläutern und sagen? Die Partei weicht ja auch nicht zurück in ihrem Kampf. So erzog und erzieht sie mich um. Natürlich ist das ein langer Prozeß. Aber gerade hier liegt die Stärke der Partei. Sie kämpft um die ganze Klasse genauso wie um jeden Einzelnen. So hat mir die Partei und der ROTE MORGEN mehr geholfen als 100 Tabletten und 1 000 Spritzen. Ich bin ihr dafür sehr dankbar. Ich möchte Euch gerade anläßlich des Roten 1. Mai diesen Dank aussprechen. Ich wäre Euch sehr dankbar, wenn Ihr ihn auch weiterleiten könntet an das ZK und besonders an den 1. Vorsitzenden, den Genossen Ernst Aust. Seine Reden, die in den letzten Nummern abgedruckt waren, haben nicht nur mich begeistert. Ich wünsche ihm wie dem ZK und der ganzen Partei für das kommende Jahr viel Erfolg in Eurer Arbeit und alles Gute!

Liebe Genossen. Bevor ich schließe, noch eine Bitte. Ich erhielt vor wenigen Tagen Post von Radio Tirana. Da möchte ich Euch bitten, folgende Grüße weiterzuleiten. Die Genossen schreiben am Ende ihres Briefes:

„Wir danken Dir nochmals für Deine Briefe, dafür, daß Du unsere Sendungen propagierst, wünschen Dir persönlich baldigste Genesung und dem deutschen Volk und seiner kommunistischen Partei der KPD/ML, weitere Fortschritte in ihrem Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Rot Front! Mit revolutionären Grüßen, Radio Tirana."

Nun laßt Euch ganz herzlich grüßen! Es lebe der Rote 1. Mai! Es lebe der ROTE MORGEN! Vorwärts mit der KPD/ML!

Mit einem kräftigen Rot Front bleibe ich Euer C.

München

Liebe Genossen!

Am 24. 3. habe ich auf einer Sitzung der Gewerkschaftsjugend München über den Genossen Sascha berichtet. Ich ging auf den Roten Antikriegstag 1972 in München ein und berichtete über den brutalen und rücksichtslosen Polizeieinsatz, über die bürgerliche Klassenjustiz, die bis zum heutigen Tag in den Antikriegstagsprozessen hohe Gefängnisstrafen verhängt hat und erzählte am Beispiel Saschas, wie gegen Kommunisten vorgegangen wird.

Anschließend wurde nach einer Diskussion eine Resolution verabschiedet, in der die sofortige Ausstellung eines deutschen Passes für Sascha gefordert wird. Acht Teilnehmer stimmten der Resolution zu, drei enthielten sich der Stimme.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

MANNHEIM

Am 29. 4. morgens wurde Genosse Peter Bayer, der wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, von der Polizei zu Hause abgeholt. Genosse Peter wird nicht, wie ursprünglich geplant, in der Haftanstalt Ebrach gefangengehalten, sondern im Münchner Gefängnis Stadelheim. Die Adresse ist: JVA Stadelheim, 8 München, Stadelheimstraße.

MÜNSTER

Am 24. 4. stand in Münster erneut ein Genosse vor dem bürgerlichen Klassengericht, weil er am 4. Mai des vergangenen Jahres, zusammen mit vielen Antifaschisten unter Führung der KPD/ML Faschisten der NPD aus Münsters Innenstadt vertrieben hat. Die Anklage gegen den Genossen lautete auf Widerstand, Körperverletzung und versuchter Gefangenenbefreiung. Ca. 40 Zuschauer waren gekommen, um den Genossen im Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz zu unterstützen. Im Verlauf des Prozesses verstrickten sich die Polizeizeugen immer mehr in Widersprüche, wogegen die Zeugen des Genossen mehrfach bewiesen, daß keiner der Anklagepunkte auf ihn zutreffen kann. Das Gericht mußte den Genossen freisprechen.

MÜNCHEN

An einem Tag wurde Genosse Peter aus München in zwei Prozessen vom gleichen Richter zu 3 450 DM Geldstrafe verurteilt. Im ersten Prozeß war der Genosse angeklagt, weil den NPD-Faschisten, die in München demonstriert hatten, ihre Fahnen und Transparente heruntergerissen worden waren. Der Genosse hatte deswegen einen Strafbefehl über 1 600 DM erhalten. Das Gericht entschied jetzt im Prozeß auf 1 800 DM. Begründung: „die erschreckende Uneinsichtigkeit" des Genossen.

Im zweiten Prozeß war der Genosse angeklagt, weil er angeblich den „Hausfrieden" des Gerichts gebrochen hatte, indem er beim Prozeß gegen den Genossen Klaus Kercher im Gerichtsgebäude gesungen haben soll. Der Genosse hatte deswegen einen Strafbefehl über 3 Monate Gefängnis auf Bewährung erhalten plus 600 DM Geldstrafe. Das Gericht verurteilte ihn jetzt zu 1 650 DM. **Ein Kollege dazu: „1 650 DM wegen Singen im Gerichtsgebäude? Die haben wohl Motten unterm Talar!"** Wie schon im ersten Prozeß arbeiteten auch hier Richter, Staatsanwalt und Polizeizeugen offen zusammen. Nur ein Beispiel für die „Beweisführung" des Gerichts: Ein Polizeizeuge mußte, vom Gericht darauf hingewiesen, daß er jetzt etwas anderes aussage als bei seiner polizeilichen Vernehmung, zugeben: „Ich habe vorhin die Vorführungsanzeige des einen Kollegen gelesen. Da stand es anders drin. Daher werde ich das wohl haben."

WESTBERLIN

Brigitte Asdonk, die in einem Westberliner Gefängnis gefangengehalten wird, ist jetzt schon wieder ein Roter Morgen nicht zugestellt worden. Der Rote Morgen Nr. 13 wurde ihr vorenthalten, weil darin u. a. von „Polizeiterror", „zunehmender Faschisierung des Staatsapparates" und der „bürgerlichen Terrorherrschaft" in der Bundesrepublik die Rede ist.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547

Demonstrationen der Partei - Absage an den Regierungsmai

ROTER 1.MAI 1975



Hamburg: Der Spielmannszug der Partei führt die Demonstration an.

KURZBERICHTE VON EINIGEN DEMONSTRATIONEN

HAMBURG

Am Morgen des 1. Mai zog der Spielmannszug der Partei in Hamburg durch die Arbeiterviertel und weckte nach alter Tradition mit revolutionären Märschen die Kollegen zum Roten 1. Mai. Damit hatte ein älterer Genosse der Partei in Hamburg sein Versprechen eingelöst, das er vor vier Monaten am 6. Jahrestag der Partei gegeben hatte: bis zum 1. Mai einen Spielmannszug der Partei in Hamburg aufzubauen.

Der Spielmannszug marschierte an der Spitze der Roten 1. Mai-Demonstration, die gemeinsam von der Partei und der Gruppe Rote Fahne durchgeführt wurde. 800 Kollegen und Genossen marschierten in diesem Zug, davon 450 im Parteiblock.

Zuvor hatten die opportunistischen Zirkel wie GRF, „K"BW zusammen mit revisionistischen und trotzkistischen Organisationen wie dem „K"B und anderen zum Regierungsmai getrommelt, auf dem Finanzminister Apel mit üblen Tiraden gegen den Sozialismus in Albanien und China hetzte.

DORTMUND

In Dortmund wurde die Rote 1. Mai-Demonstration in Aktionseinheit mit der Gruppe Rote Fahne durchgeführt. Pünktlich um 12.30 Uhr stand der Block der KPD/ML. Der AP-Trupp sang, viele Leute blieben stehen und sahen sich den Zug an. Die GRF aber ließ sage und schreibe zwei volle Stunden auf sich warten! Sie hatte ja erst noch am Regierungsmai teilzunehmen. An der Spitze unseres Blocks ging der AP-Trupp, ihm folgten ca. 350 Demonstranten. Der Zug insgesamt hatte etwa 1 500 Teilnehmer. Viele Menschen schauten aus den Fenstern, einige blieben am Straßenrand stehen, als wir durch die Dortmunder Arbeiterviertel zogen. An einer Stelle des Zuges überfielen Polizeikommandos den Zug und nahmen mehrere Genossen fest. Als Vorwand diente ihnen ein Klebetrupp der GRF. Als Genossen der Polizei den Weg versperren wollten, fuhren Polizeiwagen mit Vollgas auf die Genossen zu; sie konnten eben noch beiseite springen. Die Abschlußkundgebung fand auf dem Nordmarkt statt. Neben einem Vertreter der Partei und der GRF sprach auch u.a. die RHD und ein Vertreter der CISNU.

DUISBURG

Am Morgen zogen Genossen zu den DGB-Kundgebungen in Hochfeld und auf dem Hamborner Markt. Stände der Partei in der Nähe der Kundgebungen waren verboten worden mit der Begründung: Die Partei würde durch ihre Aktivitäten den DGB provozieren und die Polizei wäre zum Eingreifen gezwungen. Doch mit den Kollegen dort – es waren verhältnismäßig weniger zum Regierungsmai gekommen, wurden viele gute Gespräche geführt. Vielen war schon der Unterschied zwischen der KPD/ML und den D„K"P-Revisionisten klar. Sechs Kollegen kamen schließlich sogar von Hamborn mit zu unserer Roten Mai-Demonstration. Auch aus Hochfeld kamen einige mit. Um 12 Uhr versammelten sich 350 Freunde und Genossen in Wanheim und die zweite Rote 1. Mai-Demonstration seit über 20 Jahren begann in Duisburg. Diese Rote Mai-Demonstration, deren Teilnehmerzahl beim Marsch durch die Arbeiterviertel noch anwuchs, war ein großer Erfolg und hat gezeigt, daß der Einfluß der Partei wächst. Denn dieses Jahr marschierten schon weitaus mehr Freunde und Genossen mit uns als noch im Jahr zuvor.

WESTBERLIN

In Westberlin hatte die Partei den Roten 1. Mai mit mehreren kleineren Veranstaltungen in den Stadtteilen vorbereitet. Auf der Grundlage der Aktionseinheit mit der GRF fand an der Technischen Universität eine gemeinsame Veranstaltung des KSB/ML und des „K"SV statt. Für die Demonstration am Roten 1. Mai gelang es, 20 Organisationen zusammenzuschließen. 3 000 Demonstranten marschierten so am 1. Mai in Westberlin unter revolutionären Losungen, davon etwa 500 im Block der Partei. Die Demonstration führte durch das traditionsreiche Viertel Kreuzberg. Auf der zentralen 1. Mai-Veranstaltung der Partei hatten sich etwa 500 Genossen und Freunde versammelt, zu der Veranstaltung der Roten Garde wenige Tage vorher waren 300 Menschen gekommen.

Rote Mai-Demonstrationen fanden darüber hinaus in Bremen, Hannover, Kiel, Ludwigshafen, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart und Wiesbaden statt.

An diesem Roten 1. Mai konnten durch TausendeHausbesuche, durch breite Agitation und Propaganda neue Kollegen zu den Demonstrationen gewonnen werden, konnten aber auch neue Kollegen für den Kampf in den Reihen der Partei gewonnen werden. Wachsende Widersprüche unter den Opportunisten haben zudem beigetragen, daß revolutionäre Genossen dieser Zirkel sich im Verlauf der Kampagne zum Roten 1. Mai der Partei anschlossen. Diese Erfolge gilt es im weiteren Kampf zu festigen.

Gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung! Kampf der wachsenden Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte! Vorwärts zur sozialistischen Revolution! Kämpft mit der KPD/ML für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland! Vorwärts zum Roten 1. Mai 1976!



MÜNCHEN



KIEL



DORTMUND



Der Demonstrationsblock der Partei beim Polizeiüberfall

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr: 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

BOCHUM
Dorstenerstr. 86. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19 Uhr Sa: 10-13 Uhr

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70 Öffnungszeiten: Mi: 16-19, Sa 9-13.

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa: 10-14 Uhr.

DUISBURG
Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36 Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19, Sa: 10-13 Uhr

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 90 117. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 -19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

KÖLN
Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19 Uhr, Sa: 9-13 Uhr

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089/77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNSTER
Bernhard-Ernst-Str. 6, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16 – 18.30 Uhr, Sa. 11 – 14 Uhr

STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030 / 465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

Veranstaltungen zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus

WESTBERLIN
Großveranstaltung. 8. 5., 17 Uhr. Brauhaus Festsäle, Meraner Str./Ecke Badenschestr. U-Bahn-Haltestelle Bayrischer Platz.

HAMBURG
8. 5., 19 Uhr, Oelkersallee 5.

Alle Arbeitertreffs der Partei finden in dieser Woche mit dem Thema „30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus" statt.

HAMBURG
Veranstaltung der Roten Garde: Reisebericht aus der VR China. 13. 5., 19 Uhr, Langenhorner Bürgerhaus, Tangstedter Landstr. 41, 1. Stock.